

# Gärtner=Zeitung.

Zentralorgan für die Interessen aller im Gartenbau und in der Blumen- und Kranzbinderei tätigen Personen.

Offizielles Organ des

Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins (Sitz: Berlin)

(seit dem 1. Januar 1904 mit der Deutschen Gärtner-Vereinigung vereinigt).

Mitglieder des Allg. Deutschen Gärtner-Vereins erhalten die Zeitung gratis.

**Erscheint**  
wöchentlich jeden  
Sonnabend.  
Jährlich  
52 Nummern.

**Abonnements**  
nehmen alle Post-  
anstalten entgegen.  
Preis vierteljährlich  
3.90 Mark.

Redaktion und Expedition:  
Berlin N. 37, Metzger StraÙe No. 3.

Eigentümer und Herausgeber:  
Hauptvorstand des Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins.

Redaktionschluss:  
Jeden Dienstag Morgen.

## Grenzstreitiges vom Gemeindearbeiterverbände.

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat ihre Kampfkolonnen nach Berufen geordnet. Es waren reine Zweckmäßigkeitsgründe, die diese Ordnung bestimmt haben: Der von Gemeinschaftssinn, von Solidaritätsempfinden nur erst wenig erfaßte Arbeiter verbündet sich leichter mit dem Berufskollegen, der ihm am nächsten steht, wie mit dem Klassen-genossen, der zu einem andern Berufe gehört; die einzelnen Berufe weisen jeder für sich so einschneidende und zahlreiche Eigentümlichkeiten auf, daß die laufend zu führenden Gewerkschaftskämpfe anders wie im beruflichen Rahmen garnicht geführt werden können, will man dabei möglichst große Erfolge erzielen.

Die wirtschaftliche Entwicklung hat nun aber auch betriebstechnische Einrichtungen gezeitigt, wo entweder die Berufsgrenzen verwischt worden sind, oder wo eine Anzahl verschiedenartiger Berufsangehörigen einander direkt in die Hand arbeiten, so daß der Fortgang oder der Stillstand des Betriebes davon abhängt, daß alle darin tätigen Arbeiter, welchen Berufes sie auch seien, stets nach einheitlich geleitetem Willen handeln. Wo ein solcher wirtschaftstechnischer Zustand sich herausgebildet hat, da liegt auch ein Bedürfnis nach Änderung der Organisationsform vor. Diese Änderung kann erfolgen entweder in dem Sinne, daß die in nur kleinen Zahlen vorhandenen andersberuflichen Arbeiter einfach der Berufsorganisation sich anschließen, deren Angehörige den Betrieb als solchen gewissermaßen beruflich charakterisieren, oder dadurch, daß diese andersberuflichen Arbeiter zwar in ihren eignen Berufsorganisationen verbleiben, aber untereinander sich zu einem gewerkschaftlichen Betriebskartell vereinigen, das von einer aus allen hier beteiligten Berufsverbänden gebildeten gemischten Kommission geleitet wird, die als Verständigungsstelle dient.

Schließlich hat die kapitalistische Organisation und das Organisationswesen des Scharfmachertums es noch bewirkt, daß die untereinander näher verwandten Berufsarbeiter dazu übergehen mußten bzw. dazu übergehen müssen, ihre Verbände miteinander zu Berufsgruppenverbänden zu vereinigen.

In dem zuerst genannten Falle wie auch in dem letzteren sprechen wir von gewerkschaftlichen Industrieverbänden oder von Industrie-Gewerkschaften. Als Industrieverbände dieser Art sind zum Beispiel anzusprechen der „Deutsche Metallarbeiterverband“ und der „Deutsche Holzarbeiterverband“. Es muß aber bemerkt werden, daß auch diese zwei Verbände noch nicht alle Branchen ihrer Industrien ganz erfaßt haben. So besteht bekanntlich noch der Berufsverband der Schmiede und derjenige der Kupferschmiede. Andererseits gibt es Metallwarenfabriken, deren andersberufliche Arbeiter sich nicht dem Metallarbeiterverbände angeschlossen haben, sondern dem Verbände ihres Berufs angehören, auch nicht betrieblich kartelliert sind. — Die Entwicklung ist eben hier noch im Flusse. In andern Industriegruppen fängt sie erst an. Und in den weiteren ist noch nicht einmal ein Anfang erkennbar, weil hier sich derartige Bedürfnisse noch nicht herausgebildet haben.

Die Aufgabe der Gewerkschaften besteht darin, ihre Formationen stets den Bedürfnissen anzupassen.

Die Verbandsform muß immer dem Zweck untergeordnet werden. Und da der Zweck wiederum den höheren Zielen der Gesamtarbeiterbewegung zu dienen berufen ist, so dürfen auch niemals diese höheren Ziele außer Augen gelassen werden. Die Gefahren, daß das letztere geschieht, liegen aber allenthalben vor. Es liegt nämlich in der Natur der Dinge, daß jeder Organismus nach Entfaltung strebt: in die Höhe, in die Tiefe und in die Breite. Dieser Trieb ist auch den Gewerkschaften eigen, und er äußert sich da, soweit das die Breite betrifft, mitunter in einer Rücksichtslosigkeit gegenüber der Nachbarschaft, und er wirkt dadurch an dieser Stelle gemeinschädlich. Die bekannten „Grenzstreitigkeiten“ reden hier eine beredete Sprache. — Aber die Gewerkschaften werden von willensbeseelten Menschen geleitet und von Arbeitern, die sich rühmen, klassen- und zielbewußt im Sinne der modernen (sozialistischen) Arbeiterbewegung zu denken. Die „Grenzstreitigkeiten“ aber sind zumeist ein Ausdruck dafür, daß auch Gewerkschaftsführer noch kleinlich denken und handeln können. Die Grenzstreitigkeiten entspringen fast ausnahmslos einer Verbands-Selbstsucht. Die höheren Interessen und Ziele der Arbeiterbewegung werden dabei wenig, eventuell garnicht beachtet, man denkt bloß an sich, an den Verband, dem man im besondern seine Kräfte widmet. — Das ist ein betrübliches Kapitel in unsrer Gewerkschaftsbewegung.

Zu den Verbänden, die in genannter Hinsicht der deutschen Gewerkschaftsbewegung keine Ruhmesblätter hinzufügen, gehört der — „Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter“, mit dem wir uns, zu unserm großen Bedauern, hier einmal beschäftigen müssen.

\*

Der „Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter“ ist ein Gebilde, das in seiner ganzen Art eigentlich garnicht zu den übrigen Gewerkschaften paßt. Wir führten an, daß unsre Gewerkschaften entweder die Form von Berufs- oder von Industrieverbänden darstellen. Der Gemeindearbeiterverband ist aber weder ein Berufs- noch ein Industrieverband. Man hat versucht, ihn einen „Betriebsverband“ zu nennen. Die Bezeichnung ist aber auch nicht richtig, jedenfalls nicht glücklich. Von „Betrieben“ in gewerkschaftlichem Sinne kann man reden, wo es sich um einen Einheitsbetrieb handelt, dessen einzelne Teile betriebstechnisch dermaßen ineinander greifen, daß die darin tätigen Arbeiter aller möglichen Berufsarten einander so in die Hände arbeiten, daß von diesem Zusammenwirken der Fortgang und Stillstand dieses Gesamtbetriebes vom großen Teil oder ganz abhängt. Solche Betriebe gibt es zur Zeit besonders in der Metallwarenbranche. Hier hat es in der Tat etwas für sich, wenn dann alle Arbeiter eines solchen Betriebes (einerlei, welcher Berufsart) sich in einer Gewerkschaft sammeln. Aber eine Gemeinde ist doch kein „Betrieb“ in dem angeführten Sinne. Eine Gemeinde ist vielmehr Arbeitgeberin bzw. Unternehmerin, wie ein einzelner Gewerbetreibender, eine Kommanditgesellschaft, eine Aktiengesellschaft, eine G. m. b. H. Arbeitgeber bzw. Unternehmer sind! Die von der Gemeinde (Stadt-, Dorf-, Kirchengemeinde, Staat) unterhaltenen Betriebe hängen keineswegs unbedingt betriebstechnisch zusammen. Die von der Gemeinde unterhaltenen Betriebe können vielmehr fast so zahlreicher Art sein, wie sonst überhaupt vorkommen. Die Gemeinde ist hier lediglich eine Verwaltungskörper-

schaft, und die von ihr unterhaltenen Betriebe werden einfach verwaltungstechnisch zusammengefaßt.

Wollte man der vom Gemeindearbeiterverband aufgestellten Theorie, die sich in der Richtung bewegt, daß alle Arbeiter, die in Unternehmungen der Gemeinden und des Staats tätig sind, einer einheitlich geschlossenen Gewerkschaft anzugehören haben, folgen, so müßte man dazu übergehen, die Form der Berufs- und der Industrieverbände aufzuheben und an deren Stelle setzen etwa Verbände der Arbeiter: 1. die bei Einzelgewerbetreibenden, 2. die bei Kommanditgesellschaften, 3. die bei G. m. b. H. und Aktiengesellschaften beschäftigt sind. Daß solches ein Unsinn wäre, liegt auf der Hand; denn mit solchen Organisationsformen wäre praktisch garnichts auszurichten. Ein ebensolcher Unsinn ist aber auch das Bestreben, das dahin zielt, alle bei den Gemeinden und beim Staat tätigen Arbeiter in einem Gemeindearbeiterverbände zusammenzufassen. Einem solchen Bestreben liegt entweder die Unkenntnis der praktischen Bedürfnisse zugrunde oder eine ganz gewöhnliche Sucht zum Herrschen wie sie etwa dem staatlichen Herrscher eignet, der auf Länderraub ausgeht.

Es war ein Fehler, daß man im Rahmen unsrer Freigewerkschaften einen Gemeindearbeiterverband als solchen überhaupt anerkannt hat. Alle heutigen Grenzstreite mit diesem Verbände sind die Folgen dieses Anerkenntnisses. Unsre Gewerkschaften haben, als sie die Anerkennung aussprachen, damit nun allerdings nicht ausgesprochen, daß diesem Verbände als Organisationsfeld alles offen stehe, das Gemeinde- und Staatsbetrieb ist. Im Gegenteil: die Anerkennung erfolgte für ganz bestimmte (Gemeinde- und Staatsverwaltungen unterstehende) Arten von Betrieben. Der Fehler war aber, daß diese Betriebe nicht gleich im vornherein näher bezeichnet wurden. Ja, man hätte sogar die Bezeichnung „Gemeindearbeiter“ verworfen und eine diesen Betrieben angepaßte Bezeichnung dafür wählen sollen. So sitzt man jetzt in der Tinte und muß sich einander brüderlich um die Ohren hauen. So muß man es erleben, daß im Gemeindearbeiterverbände sich eine Herrschsucht entwickelt hat, die die höheren Gesichtspunkte der Arbeiterbewegung fast überhaupt nicht mehr beachtet, dafür aber auf dem diesjährigen Verbandstage die Verbands-Selbstsucht und Verbands-Anmaßung wahre Orgien gefeiert hat. Was nämlich dort (Dresden, 23. bis 29. Mai ds. Js.) in Punkte „Grenzstreitigkeiten“ geredet, beschlossen und sonst getan worden ist, ist geradezu ein gewerkschaftlicher Skandal!

\*

Nachdem der „Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter“, infolge seiner betätigten Gebietsausdehnungsgelüste, schon wiederholt mit andern Verbänden zusammengestoßen war, mußten sich die zuständigen Instanzen ordnung ins Mittel legen. Eine erste, vorläufige, „Grenzabsteckung“ erfolgte auf der Zentralvorstandekonzferenz im Jahre 1904; diese wurde 1906 vervollständigt, und es wurde erklärt:

„Die Bestrebungen des Verbandes der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten haben nichts gemeinsam mit den Bestrebungen der Industrieverbände.

Während die Industrieverbände ein Produkt der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung darstellen, fehlt dem Verbände der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten, soweit derselbe seine Tätigkeit auf die gewerblichen Betriebe Verkehrsweisen, Garten- und Parkverwaltungen ausdehnen bestrebt ist, jede derartige Grundlage, und handelt es sich bei diesen nur um

eine künstliche Zusammenfassung der verschiedenartigsten, betriebstechnisch und beruflich voneinander vollständig unabhängigen Einzelbetriebe durch ein rein äusserliches Band. Die Folge dieser Bestrebungen ist lediglich eine Zersplitterung, teilweise sogar vollständige Lahmlegung der für diese gewerblichen usw. Berufe in Betracht kommenden Gewerkschaftsorganisationen.

Die heutige Konferenz der Vorstände erneuert deshalb den Beschluss der im Oktober 1904 stattgehabten Konferenz: Die Zuständigkeit des Verbandes der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten ist anzuerkennen für das Arbeiter-, Verwaltungs- und Hauspersonal der städtischen, provinzialen und staatlichen Wasser-, Licht- und Kraftwerke, Kranken-, Heil- und Verpflegungs- und Badeanstalten, Schulhäuser, Asyle, sowie für das Personal im städtischen Kanalisations- und Strassenreinigungs-, Desinfektions- und Beerdigungswesen, ausschliesslich der bei letzterem beschäftigten Gärtner und Gartenbauarbeiter.

Die Zuständigkeit des Verbandes der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten ist nicht anzuerkennen für solche städtischen Regiebetriebe, in denen gewerbliche Arbeiter sowie Verkehrgangestellte beschäftigt sind.\*

Als sich nun im vorigen Jahre auch der Sechste Gewerkschaftskongress (Hamburg, 22. bis 27. Juni 1908) mit den Grenzstreitigkeiten allgemein zu beschäftigen hatte, kam hier ein Beschluss zustande, der mit Beziehung auf den Gemeindearbeiterverband folgendes ausspricht:

4. Wenn in einem Betriebe Angehörige verschiedener Berufe beschäftigt sind, dann dürfen die einzelnen Arbeiter nur in diejenige Organisation aufgenommen werden, welche für ihren Beruf besteht. Abweichungen von dieser Regel sind nur statthaft aufgrund vorheriger bestimmter begrenzter Vereinbarungen zwischen den beteiligten Zentralinstanzen. Letzteres gilt auch für die Aufnahme vereinzelt beschäftigter beruflicher Arbeiter in Gemeinde-, Staats- und Genossenschaftsbetrieben sowie für Arbeiter, für die am Orte eine Organisation ihres Berufes nicht besteht. — Sind in einem Industriezweig für die gleichen Berufe mehrere Organisationen vorhanden, die der Generalkommission d. G. D. angeschlossen sind, so gelten dieselben in Bezug auf die Gewinnung von Mitgliedern und auf die Führung von Lohnbewegungen als gleichberechtigt. — Es empfiehlt sich jedoch, um allen aus solchen gemeinsamen Tätigkeitsgebieten leicht entstehenden Reibungen vorzubeugen, für solche Konkurrenzverbände besonders dringend, sich über alle hierbei in Betracht kommenden Massnahmen vorher zu verständigen.

5. Gemeinde- und Staatsbetriebe, in denen Arbeiter verschiedener Berufsarten technisch unabhängig voneinander beschäftigt werden, gelten in ihrer Gesamtheit nicht als „Betrieb“ im Sinne dieser Resolution.\*

Mit dieser so getroffenen Regelung war endlich einmal die, unsers Erachtens, wirklich richtige Abgrenzung getroffen. Wenn auf dem Gewerkschaftskongress die Delegierten des Gemeindearbeiterverbandes noch protestierten, so dürfte ein solcher Protest lediglich noch ein Rückzugsgefecht darstellen. Dieses schon aus einfacher gewerkschaftlicher Disziplin, dann aber auch in Anerkennung der höheren und allgemeinen Interessen der Gewerkschaftsbewegung. Haben sich nun die verantwortlichen Verbandsinstanzen und die sonst verantwortlichen, Einfluß besitzenden Stellen des Gemeindearbeiterverbandes in diesem Sinne von höheren Gesichtspunkten beeinflussen lassen?

„Die Gewerkschaft“, das Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, das allen voraus verpflichtet gewesen wäre, jenen Beschlüssen Geltung zu verschaffen, hat es nicht getan, die stieß vielmehr sofort in die Lärmtrumpete und rief zur Rebellion dagegen auf. Aus dem bezüg-

lichen Artikel geben wir hier bloß folgende Stelle wieder, die den Geist kennzeichnet, der gepflegt worden ist:

„Es wird ja wohl noch öfter Gelegenheit sein, die Prinzipien unsres Verbandes und Zweckmäßigkeit unsrer Organisationsform darzutun. Wenn nicht eher, so auf dem nächstjährigen Verbandstage in Dresden.

Wenn die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses jedem Funktionär, Vertrauensmann und Kollegen ein Ansporn werden, noch eifriger als bisher unsre Machtsphäre zu erweitern, d. h. noch reger die Werbearbeit unter den Kollegen zu führen, dann werden sie (die Gewerkschaftskongressbeschlüsse nämlich. Red. d. Allg. D. Gztz.) auch trotz allem zum Segen für unsre Organisation ausschlagen.“

Von dem Verbandsorgan dazu aufgereizt (möglichstfalls hat auch noch der Vorstand mit Zirkularen ebenso gearbeitet), konnte nun garnicht ausbleiben, was auf dem Verbandstage in Dresden geschehen ist: Aufsagung der Disziplin an die höchste Gewerkschaftsinstanz und Stäupung derjenigen im eignen Verbands, die da wagten, vermittelnd zu wirken. Dem Zentralvorstande des Verbandes warf man vor, er habe die Verbandsinteressen gegenüber Generalkommission und Gewerkschaftskongress nicht geschickt und nicht energisch genug zur Geltung gebracht. Und den Zentralvorsitzenden, der (laut Protokoll) auf dem Gewerkschaftskongress fast wie ein Löwe um sein Junges für seinen Verband gekämpft hat, ließ man, weil er nicht in das Horn der Fanatiker blies, beinahe über die Klinge springen: seine Wiederwahl erfolgte erst in einem zweiten Wahlgange. Dagegen hing es an einem Haar, daß der Verbandstag den als Zentralvorsitzenden gewählt hätte, der sich in Hinsicht auf Anmaßung und Disziplinwidrigkeit am ausgelassensten gebärdet hatte, lediglich dieser „energisches Interessenvertretung“ wegen, wie es (nach dem Bericht im Vorwärts) den Anschein hat. — Die Aufregung ist zu einer solchen Siedehitze getrieben worden, daß der Verbandstag einstimmig den Verbandsvorstand beauftragt hat, „auf dem nächsten Gewerkschaftskongress die Aufhebung des Absatzes 4 und 5 betreffend Grenzstreitigkeiten\*) zu beantragen.“

Angesichts einer solchen Haltung und solchen Gebarens können wir nicht anders, als unser Urteil dahin zusammenzufassen: Es ist ein Skandal, daß in einer freien Gewerkschaft eine derartige Disziplinverletzung vorkommen kann. Es ist unverantwortlich, wenn eine Erziehungsweise ausgeübt wird, die solche Erscheinung zeitigen muß. Und es ist wirklich an der Zeit, daß die Verantwortlichen des Gemeindearbeiterverbandes einmal ganz gehörig zur Ordnung, das heißt, zur Unterordnung unter die höheren Gesichtspunkte und

\*) Wortlaut dieser beiden Absätze siehe etwas weiter oben in unserm Artikel. Red. d. Allg. D. Gztz.

Ziele der Arbeiterbewegung, gerufen werden. Daß sie ein- für allemal sich damit abfinden, wozu die Allgemeinbewegung ein historisches, entwicklungs-gesetzliches Anrecht hat. Wir treten unbedenklich der Drohung bei: Wenn der Gemeindearbeiterverband sich hier nicht fügen will, wenn er fortgesetzt böswillig die Allgemeinbewegung schädigt, dann kann seines weiteren Verbleibens in der Gemeinschaft unsrer Gewerkschaften nicht sein. Dann sollte event. zur Bildung eines neuen freigewerkschaftlichen Verbandes geschritten werden, dem sein Organisationsgebiet von vornherein bestimmt abgesteckt wird. Disziplin-widrigkeiten der hier angeführten Art dürfen auf keinen Fall geduldet werden; denn sie sind die Keime innerer Selbstzerstörung.

### Organisationsfragen.

#### IV.

Der Aufforderung unsres Kollegen Albrecht folgend, will ich hier in kurzen Worten zu den Fragen Stellung nehmen, die bisher in unsrer Zeitung besprochen wurden. In dem Artikel „Organisationsfragen I“ bespricht Albrecht unser Verhältnis zur Landarbeiterorganisation; er kommt dabei zu dem Schluß, daß diese Arbeiter sich weit mehr zur Berufsorganisation hingezogen fühlen und selbst, wo dies nicht der Fall sein sollte, ein sehr gutes Neben- bzw. Miteinanderarbeiten möglich sei. Ein Idealist wie A. kann sehr leicht solche Schlussfolgerungen ziehen, indessen die Mehrheit der in Frage kommenden Arbeiter fragt weniger nach dem Namen des Verbandes als nach den Vorteilen, die ihnen der Verband bringt bzw. bringen kann, und wird auch zweifellos dem Verband den Vorzug geben, der für geringen Beitrag ansehnliche Gegenleistungen bieten kann.

Wir hatten bisher diese Konkurrenz bereits durch den Gemeindearbeiterverband, der dadurch, daß er nur geringe Summen für Streiks ausgibt, uns in den andern Unterstützungseinrichtungen übertreffen konnte. Ich befürchte dieselbe Konkurrenz auch vom Verband der Landarbeiter, der ebenfalls keine große Summen für Streiks benötigt und außerdem noch von der Generalkommission d. G. D. finanziell gestützt wird. Nach meinem Ermessen dürften hier Konflikte unvermeidlich sein, wenn auch die Person des Koll. Gg. Schmidt dafür bürgen dürfte, daß dieselben keinen ersten Charakter erlangen. Dieses Organisationsgebiet wird trotz aller Schwierigkeiten und geernteten Mißerfolge unsre Arbeit bleiben. Daß wir „alles“ getan haben, die ungelerten Arbeiter der Organisation zuzuführen, wollen wir als ehrliche Menschen nicht behaupten, hatten wir doch bisher alle Hände voll zu tun, die gelernten Arbeiter an die Organisationspflicht zu erinnern und sie in der Organisation festzuhalten. Dann war auch unser bisheriges Beitrags- und Unterstützungswesen für diese Agitation ungeeignet; mit niedrigen Beiträgen werden hier auch größere Erfolge möglich sein.

## Feuilleton.

### Etwas vom Tanze.

Von Fritz Haaker, Hamburg.

Sich anschließend an die in unsrer Zeitung veröffentlichten Artikel über die „Bildungsfrage“, möge diese kleine Arbeit als Ergänzung der betreffenden Erörterungen aufgefaßt werden. Und zwar als notwendige Ergänzung. Sie soll dazu beitragen, daß das in den vorausgegangenen Artikeln Gesagte nicht im Winde verhallt, sondern in die Tat umgesetzt wird.

Daher muß sie sich auch mit der Tendenz der vorhergehenden Artikel beschäftigen. Diese Tendenz nun ist vielfach, so ließen verschiedene Anzeichen deuten, nicht richtig aufgefaßt worden. Denn nicht sind die Schreiber der Artikel über die Bildungsfrage Gegner jeglichen Frohsinns und heiterer Zerstreuung, und nicht wollten sie ihre Kollegen, ihre Kameraden, im Lebenskampfe zu lebensfremden, trocknen Büchermenschen und einseitig ausgebildeten Kulturmenschen machen. Im Gegenteil; wir streben für ein Kulturmenschenum, für echtes Leben. Leben heißt die Entwicklung und Betätigung aller Fähigkeiten und Kräfte. Und auch der Frohsinn, die Freude, dieser „schöne Götterfunke“, wie sie Schiller in seinem herrlichen Liede „An die Freude“ nennt, ist eine Betätigung unsrer Lebenskräfte. Ja, sie sollte die Hauptbetätigung sein. Grade wir Proletarier haben sie so sehr notwendig in unserm Daseinskampfe. Wenn das Samen Korn der Freude in unsrer Jugend gesät worden ist, so müssen wir die

ihm entsprossende Pflanze auch pflegen. Leider keimt das Samen Korn nur langsam, es geht vielleicht bald ganz ein, infolge der ungenügenden Pflege. Der Boden, in dem die Freude gesät wird, ist oft von Natur aus sehr mager, oft wird er durch fremde mächtige Pflanzen noch mehr ausgepowert (Kinderarbeit — Kinderelend), sodaß die Freude nicht wachsen kann. Sie verdorrt schließlich. Ich sage also, wenn das Samen Korn der Freude gewachsen ist, wenn es allen Bedrängnissen getrotzt hat, so dürfen wir die schöne Pflanze nicht vernachlässigen, sondern müssen alles tun, um sie zu immer herrlicherer Entfaltung zu bringen.

Ein Ausdruck reinsten Freude ist auch der Tanz. Alle Kräfte haben an seiner Ausübung teil. Jeder Muskel kommt in Tätigkeit. Junges, feuriges Blut rinnt in den Adern und treibt alle Kräfte zur Betätigung. Und hier im Tanze finden die Kräfte Betätigung vollauf, doch werden sie in Grenzen und Bahnen gehalten. Der Rhythmus, dieser gewaltige Faktor aller Kunst, alles Lebens überhaupt, zwingt auch hier den Menschen unter seine Macht; jeder Schritt regelt sich genau nach dem Takte der Musik, dem Ausschreiten schließen sich alle übrigen Körperbewegungen an. Muskel und Sehnen, deren Tätigkeit sonst nur dem Erwerbe, dem Kampf ums Dasein, dienen, finden hier im Ausdruck der Freude, sich einem bestimmten Takte anschließend, freie Betätigung. Von der Beherrschung des Körpers durch den Geist, von der guten Ausbildung aller Muskelpartien, von der Vollkommenheit des Individuums also, hängt die Schönheit des Tanzes ab. Somit ist der Tanz auch eine Kunst, ja man darf sagen, die älteste Kunst. Schriften der Gelehrten melden, daß sich aus Verbindung von Musik und Tanz allmählich das Bestreben entwickelte, auch

die Sprache in ein bestimmtes Gleichmaß zu bringen.

Die alten Griechen sind ja für unsre Zeit durch ihre hohe künstlerische Kultur, wovon ihre nachgelassenen Kunstwerke zeugen, vorbildlich. Bei ihnen bildete sich allmählich die Dichtkunst durch die Musik. Der Rhythmus ist also im Menschen-geschlecht tief begründet. Wer zufällig Zeuge ist, wie eine Schar kleiner Kinder nach den Klängen der Straßenmusik oder andern Tönen tanzt, der wird erstaunt sein über die Bewegungen dieser Kleinen. Ohne daß es ihnen jemand vormachte oder sie dazu ermunterte, versuchen sie, ihre Bewegungen den Klängen der Musik anzupassen. Was dem kindlichen, unbeholfenen Körper nicht gelingt, erreicht er in des Lebens Mai stehende, wohlausgebildete Mensch. Hier, in der Blüte seelischer und körperlicher Kraft stehend, schließen sich die Geschlechter, im Tanze vereint, frei den Tönen der Musik an, und somit ist der Tanz ein sittlicher Faktor ohnegleichen. Kraft und Anmut, durch Schönheit vereint, geben ihrem Temperamente freie Bahn, und sind doch wieder durch den Rhythmus an eine gewisse Harmonie gebunden. Anschließend hieran einige Verse aus Schillers Gedicht „Der Tanz“:

„Siehe, wie schwebenden Schritts im Wellenschwung sich die Paare Drehen! Den Boden berührt kaum der geflügelte Fuß. Seh' ich flüchtige Schatten, befreit von der Schwere des Leibes? Schlüngen im Mondlicht dort Eifen den luftigen Reihn? Wie, vom Zephyr gewiegt, der leichte Rauch in die Luft fließet, Wo sich leise der Kahn schaukelt auf silberner Flut, Hüpft der gelehrtige Fuß auf des Takts melodischer Woge; Säuselndes Saltengeton hebt den ätherischen Leib.“

Weiter zum Schlusse des Gedichts, als eine Antwort auf die Frage nach dem Gesetz, das dieses

In dem Artikel „Organisationsfragen II“ behandelt Koll. Albrecht unsere Stellung zu den Privat- bzw. Herrschaftsgärtnern. Auch hier betrachtet er die Herrschaftsgärtner als Menschen, wie sie es sein sollten, leider aber nicht sind. Fast regelmäßig erhalten wir hier auf unsere Agitation dieselbe Antwort: „Ich kann nicht durch Streiks u. dergl. meine Lage verbessern; Eure Reise- und Arbeitslosenunterstützung brauche ich auch nicht. Soll ich also bloß Geld bezahlen? — Nein.“ Können wir hier den Kollegen mit einer „Extrawurst“ (genannt erhöhter Krankengeldzuschuß) aufwarten, so dürfte die Agitation erfolgreicher sein.

Die Organisation der in städtischen Betrieben beschäftigten Gärtner und Gartenarbeiter ist gleichfalls schwierig. Die Antworten, die man hier erhält, gleichen den ersteren wie ein Ei dem andern. Von besonderer Wichtigkeit ist hier das Bestehen des Gemeindearbeiterverbandes. An einzelnen Orten hat uns dieser Verband bereits völlig kalt gestellt, in andern ist man lebhaft daran, die Kollegen, die wir mit Mühe und Unkosten organisierten, zum „Umschreiben“ zu bewegen, weil sie hier ja doch „viel mehr“ an Unterstützungen erhalten würden. Wollen wir uns nun hier auf die Dauer behaupten, so sind wir gezwungen, annähernd das gleiche an Unterstützungen zu bieten, was allerdings ohne „Extrawurst“ nicht gut durchführbar sein dürfte.

Bezüglich der Verhältnisse im 5. Bezirk würde ich entschieden die Aufrechterhaltung des zweiten Beamten befürworten. Diese Position ist in unsrer Organisation mindestens ebenso wichtig, wie jede andre. Diese Sparsamkeit würde zweifellos einen Schritt nach rückwärts bedeuten. Wenn denn unter allen Umständen gespart werden soll, wird sich wohl manch anderer Weg finden, der für unsre Organisation eher gangbar ist und uns nicht hindert, endlich einmal vorwärts zu kommen.

Fuchs, Offenbach a. M.

V.

Soll den Herrschafts- bzw. Privatgärtnern eine „Extrawurst“ gebraten werden? Nein, dieses soll freilich nicht geschehen. Aber es machen sich, nach meiner Auffassung, für jeden Kollegen, der die Verhältnisse in der Herrschafts- bzw. Privatgärtnerei kennt, doch Abweichungen, d. h. eine Sonderstellung für verheiratete leitende Personen nötig. Ich werfe die Fragen auf: Wird man bei dem heutigen Stande und bei der mangelnden Organisation der Gärtnergehilfen den Betriebsleitern die nötige Achtung entgegenbringen, wenn dieselben gemeinsame Sitzungen abhalten? Wie würde sich das Arbeitsverhältnis dann gestalten? Was soll der betreffende Leiter tun, wenn seine Anordnungen, betreffs Arbeitsleistung, nicht befolgt werden? Soll er Entlassung vornehmen oder ähnliches? Würde man dieses dann kollegial nennen? Gewiß nicht! Oder: Bei Sitzungen, Versammlungen, mit seinem jüngeren, vielleicht sogar intelligenteren Kollegen

Duzbrüderschaft trinken. Wie würde sich solches nett anhören und von Vertrauen zeugen! Aber leider sind wir ja so weit noch nicht

Wie denkt Kollege Wächter sich die Sache, wenn der jüngere Kollege, den vielleicht langjährig anwesenden, älteren Kollegen in Anwesenheit der Herrschaft mit „du“ anredet? Dies dürfte auf die Besitzer von Herrschaftsgärten wohl keinen guten Eindruck machen. Der Betriebsleiter wäre da, nach meiner Auffassung, wohl stets der Benachteiligte, weil die Herrschaft glauben würde, der Obergärtner verstehe nicht, sich den nötigen Respekt zu wahren. Wegen Organisationszugehörigkeit könnte unter solchen Umständen diesen betriebsleitenden Kollegen auch die Stellung erschwert werden, oder sonstige wäre ein Druck ausübbar.

Betreffs der Beitragsfrage halte ich es für selbstverständlich, daß diese besonderen Sektionen jeweils denselben Höchstbeitrag, wie die bestehenden Ortsvereine, zu zahlen haben; einmal ist der Verdienst ein höherer, und zweitens braucht ein verheirateter Betriebsleiter, wenn er stellunglos wird, eine höhere Unterstützung (event. Umzugskosten, in Krankheitsfällen Krankenunterstützung) wie der jüngere Kollege. Hat er dieses auch in den ersten Jahren nicht nötig, dann ist es für ihn um so besser, wenn ihm später die steigenden Unterstützungssätze zugute kommen. Dem ist durch Staffeldung der Unterstützungseinrichtung Rechnung zu tragen.

Auch bin ich nicht derselben Meinung wie Kollege Albrecht, der sagt: „Gehilfen aus Herrschaftsgärtnereien dürfen der Sektion nicht angehören.“ Besser wäre wohl, man sagte: „Jeder selbständige, verheiratete oder unverheiratete Leiter eines Betriebes — auch Gehilfen von Betrieben, die von Handelsgärtnern beaufsichtigt werden (wie dies speziell in Baden, Württemberg und in Kurorten, Hotels der Fall ist) oder wo der Betriebsleiter es seinem Gehilfen überläßt — darf der Sektion beitreten.“

Im großen Ganzen dürfte es den Kollegen ziemlich gleichgültig sein, wo sie die Vereinsnachrichten entgegennehmen, und glaube ich, die jüngeren Kollegen würden kaum die gemeinsamen Sitzungen besuchen, weil sie sich dann zu sehr beobachtet, unter Kontrolle fühlen. Ich halte in der gemeinsamen Sitzung die noch immer sich mehr oder weniger an die neue Richtung erst gewöhnenden Älteren für hemmend.

Wir haben genügend verheiratete und unverheiratete Betriebsleiter in unsern Reihen, die gute, tüchtige Organisatoren sind. Diese müßten dann die Leitung übernehmen, die Erziehung in unsrer Richtung leiten. Später, wenn die Sache sich bewährt hat, kann die Sektion mit dem Ortsverein verschmolzen werden. Es ist selbstverständlich, daß die beiden Vereine bei allen wichtigeren Fragen über Organisation, Agitation, Lohnfragen, Delegiertenwahlen, öffentlichen Versammlungen (auch Vergnügen) in gemeinsamer Sitzung verhandeln;

desgl. die Kommissionen. Auch müßte den Vorstandsmitgliedern in den Sitzungen beider Teile die Anwesenheit gestattet sein. —

Ich glaube, so würden wir auch die älteren Kollegen, die länger am Orte sind, halten können.

Eine besondere Reichs-Sektionsbildung halte ich nicht für angebracht, weil dieselbe — je mehr die Kräfte zersplittert werden — hindernd wirken müßte. Also: Anschluß dieser selbständigen Betriebsleiter (Privat, Herrschaft, Gemeinde, Anstalten) usw. an die bestehenden Agitations-Bezirke, welchen dadurch nur wenig Arbeit mehr erwächst und Garantie für ein planmäßiges Zusammenarbeiten gibt, Sonderbündelung von vornherein verhindert und agitatorisch leichter zu bearbeiten ist. Ich weise besonders auf die Art hin, wie sie schon heute bei der „Sektion der Blumengeschäftsangestellten“, und bei den Landschaftsgärtnern gehandhabt wird. (So könnte man dieses übrigens bei den Friedhofsgärtnern — nicht gemeint sind die in Kulturen beschäftigten, sondern die ständig bei den Gräbern arbeitenden — leitenden Privatgärtnern auch machen.) Es ist also nur zur gewinnen, nichts zu verlieren, und könnten wir, bei der nur langsam vorwärts schreitenden Selbsterkenntnis, die noch sehr traurige Berufsfrage schneller zu einer Hebung verhelfen.

Erich Treumann, Berlin.

VI.

Warum für die Privatgärtner eine Extrawurst?

Kollege Wächter-Hannover vertritt in seinem Artikel in No. 23 unsrer Zeitung die Ansicht, daß es einesteils große Schwierigkeiten bereitet, andernfalls es eine Ungerechtigkeit wäre, für selbständig arbeitende Kollegen in Privatgärtnereien eine Sektion zu schaffen. Ich selbst bin jetzt vier Jahre in Herrschaftsgärtnereien tätig, noch dazu in einem Orte, wo zirka 150 Gärtner ausschließlich in „Privat“ arbeiten und glaube, infolgedessen mir auch ein Urteil bilden zu können.

Während nun hierorts (in Wannsee) die Gehilfen der Privatgärtnereien meist organisiert sind, war es nicht möglich, selbständige Privatgärtner in größerer Anzahl zu gewinnen, trotzdem es an Versuchen nicht gefehlt hat. Es ist uns wohl gelungen, zumteil Aufklärung zu schaffen; aber damit allein ist es doch nicht getan, sondern wir müssen auch Mitglieder zu gewinnen suchen. Warum hielt es nun schwer, die betreffenden Kollegen zu bewegen, in den A. D. G. V. einzutreten? Der Hauptgrund war immer der: in den Versammlungen sind meist nur jüngere Kollegen, da fühlen die älteren sich nicht wohl. Dann aber auch der angeblich hohe Beitrag. Nach meiner Ansicht können diese Einwände beseitigt werden. Und zwar durch die von Albrecht vorgeschlagene Sektion für nur selbständige Privatgärtner. Vor zwei Jahren hatte ich selbst das Gleiche vorgeschlagen, weil nach richtiger Würdigung der Sachlage nur so eine Besserung der Organisationsverhältnisse der Privatgärtner zu erhoffen ist. Wenn Kollege Busch in

freie Spiel der Kräfte zu solcher Harmonie leitet, heißt es dann:

„Willst du es wissen? Es ist des Wohllauts mächtige Gottheit, Die zum geselligen Tanz ordnet den tobenden Sprung, Die, der Nemesis gleich, an des Rhythmus goldenen Zügel Lenkt die rauschende Lust und die verwilderte Zügel. Und dir rauschen umsonst die Harmonien des Weltalls? Dich ergreift nicht der Strom dieses erhabnen Gesangs? Nicht der begeisterte Takt, den alle Wesen dir schlagen? Nicht der wirbelnde Tanz, der durch den ewigen Raum Leuchtende Sonnen schwingt in kühn gewundenen Bahnen? Das du im Spiele doch ehrest, liehst du im Handeln, das Mass.“

So sollte der Tanz ein Ausdruck des subjektiven Empfindens des Einzelnen sein, ein Sichanschließen der Körperbewegungen an himmlisch schöne Melodien. Draußen in der freien Natur, dort, woher unsre durch Kunst und Kultur veredelten und verfeinerten Töne stammen; am kühlen, lauschigen Bache, in der Haide, unter dem Rauschen uralter Waldriesen sollten die Menschen ihren Reigen halten. In luftigen, die Bewegungen nicht einengenden Gewändern sollten die frischen, nicht übermüdeten noch überspannten Menschen ihrem Frohsinn Ausdruck geben, von Kraft und Schönheitsfreude erfüllt.

Doch dieses sind ja alles nur Zukunftsbilder. Halten wir uns an die Wirklichkeit. Gehen wir mit offenen Sinnen in einen der vielen öffentlichen Tanzsäle. Eine schwüle, dumpfige Atmosphäre umfängt uns. An den Seiten sitzen Tänzer und Tänzerinnen. Meistenteils aber stehen sie, dicht aneinander gedrängt. Die Musik setzt ein. Bald füllt sich das Parkett mit sich drehenden und promenierenden Paaren. So geht es unaufhörlich, wenig Abwechslung bringt das Wechseln der drei Rundtänze: Walzer, Polka und Rheinländer. Unzuverlässige Kleidung verhindert ein freies Spiel der Bewegungen. — Es ist natürlich, daß enges Schuhzeug und eingeschnürter

Leib nicht nur zu puppenähnlicher Steifheit verdammt, sondern daß es auch gesundheitsschädlich ist. — Bald rinnt der Schweiß aus allen Poren. Dem sich einstellenden Durstgefühl wird durch Biergenuß abgeholfen. Der reichliche Biergenuß ist für den Wirt äußerst vorteilhaft: je voller sein Lokal, je größer der durch Bewegung und Wärme hervorgerufene Durst; umso größer der Getränkekonsum, umso größer ist sein Einkommen. Daher auch das häufigere Spielen der schnelleren Rundtänze. Und dann erst die Qualität der Tanzmusik, wie man sie gewöhnlich antrifft. Eine Musik, die bei längerem Verweilen abstumpfend auf den Gehörsinn wirken muß. Meistenteils werden die sogenannten Schlager vorgetragen. Es sind dies fast immer abgeleierte, sentimentale Weisen, die durch ihre stetige Wiederholung zuletzt abstoßend wirken. Zwischendurch bearbeiten Märsche, mit Pauken und andern Taktinstrumenten vorgetragen, das Trommelfell unsres Ohres.

Wie äußert sich nun ein Ausdruck der Freude, ein subjektives Empfinden; wie kommt hier Lebensfreude zum Ausdruck? Nun, recht selten und wenig oft wird der Tanzsaal zu diesem Zwecke aufgesucht. Es fehlt uns allgemein an echter Lebensfreude. Das Tanzlokal wird meistens aus alter Gewohnheit oder in Ermangelung eines andern Vergnügens aufgesucht. Von der Arbeit abgespannt, kommt man oft auf den Tanzsaal; durch Alkoholgenuß und Tanz sucht man entschlafene Lebensgeister wieder zu entfachen. Es ist ein unaussprechlicher Jammer, wenn man sehen muß, wie blühende Jugendkraft sich den Tanzsaal als einziges Wirkungsfeld erkoren hat; wie diese Jugendkraft nur ihr Arbeitsfeld und die Ereignisse ihrer unmittelbaren Umgebung kennt und von der Arbeit sich voll Begierde in den Tanz-

saal stürzt. Es liegt dieses aber nicht an den einzelnen Menschen, sondern an den sozialen Verhältnissen. Am schwersten darunter leiden wohl diejenigen, deren soziale Lage auf dem tiefsten Niveau steht. Überall dort, wo das Proletariat erwacht ist und sich seine Lage selbst verbessert hat, hat es auch den Wert des Lebens erkannt und seine Vergnügungen veredelt. Unsre weiblichen Klassenangehörigen leiden wohl mit am schwersten unter den allgemeinen Verhältnissen. Sind sie in der Großstadt in Stellung, ohne dort Angehörige oder Bekannte zu haben, so ist ihnen der Tanzsaal das ausschließliche Ziel ihres wöchentlichen Ausganges. Das Sehnen nach Lebensfreude und Glück liegt im Menschenherzen tief begründet; und traurig ist es, wenn so ein lebenshungriges Menschenkind, dessen Hunger nach Lebensfreude durch den Anblick der Lebensführung seiner Herrschaft verstärkt ist, trotz sklavenhaften Bedienstens in langer Arbeitszeit, schwer enttäuscht wird; wenn man sehen muß, wie eine solche Proletarierin von ihren Klassengenossen betrogen wird. Unsre soziale Lage (nämlich wir als männliche Proletarier) befindet sich auf einem viel höheren Niveau. Unsre Pflicht sollte es daher sein, unsern Einfluß geltend zu machen und auch unsre Klassengenossinnen zu einer besseren Form des Daseins zu leiten. Es wäre ein Vorteil, der durch den Einzelnen der ganzen Klasse zugute käme. Ich verweise hierbei nur auf den Artikel des Kollegen Zerfaß in Nummer 5 unsrer Zeitung, wo Kollege Z. von dem hohen Werte einer geistig hoch gebildeten Mutter spricht. Die Frage zu beantworten, wie dies zu erreichen, ist wohl überflüssig; denn Mittel und Wege liegen ja so greifbar nahe für uns. (Organisation und Aufklärung.) (Schluß folgt.)

unsrer Zeitung No. 24 auch schreibt: „Wir dürfen keine Klassenscheidung eintreten lassen“, so halte ich das für das kleinere Übel. Denn dadurch, daß sich die betreffenden Kollegen dem A. D. G. V. anschließen, ist doch bekundet, daß die eine Branche die andre benötigt und daß es nur durch dieses Zusammenwirken möglich ist, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Berufe zu bessern. Dann muß man doch vor allen Dingen auch das physiologische Moment in Betracht ziehen. Betriebsleitende Kollegen, die ein oder zwei Gehilfen unter sich haben, oder die selbständig arbeiten, sind meist in älteren Jahren, sind ernster und schwerfälliger in ihren Anschauungen. Dann aber fühlen sich dieselben auch in ihrer Autorität, die sie im Betriebe haben, verletzt, weil sie glauben, dadurch, daß sie mit ihren Gehilfen zusammen in den Versammlungen sitzen, würde das von ihren Gehilfen im Betriebe ausgenützt.

Sehen wir uns doch einmal Versammlungen in den Orten, wo Privatgärtner sind, an. Man wird immer wieder finden, die älteren Kollegen sind nicht da; doch wohl meist nur darum nicht, weil sie keine Lust haben, sich unter die jüngeren Kollegen zu mischen. Ich behaupte auch: wenn wir jetzt eine größere Anzahl Aufnahmen von älteren Privatgärtnern hätten, beide Teile — Gehilfen sowohl (also jüngere Kollegen) wie auch ältere Kollegen — sich in den Versammlungen nicht zuhause fühlen würden und kein gedeihliches Verhältnis entstehen würde. Haben wir erst eine größere Anzahl Privatgärtner organisiert, und haben diese Kollegen etwas gewerkschaftlichen Geist aufgenommen, dann wird es immer noch möglich sein, alle in Herrschaftsgärtnereien arbeitenden Kollegen in einer Sektion zusammen zu bringen. Das aber können wir gestrost der Zukunft überlassen, die Zeit ist da der beste Organisator. Gründen wir also vorläufig ruhig eine Sektion für selbständige Privatgärtner, kommen wir diesen älteren Kollegen damit entgegen, dann werden wir mehr Erfolge haben als wenn wir keine „Klassenscheidung“ eintreten lassen. Die jüngeren Kollegen werden sich, meiner Meinung nach, nicht zurückgesetzt fühlen, weil auch die lieber „unter sich“ sind.

Nun zur Beitragsfrage.  
Da stehe ich auch auf dem Standpunkt des Kollegen Otto, daß man für Privatgärtner (natürlich immer nur selbständige) ruhig den 30 Pfennig-Beitrag zulassen soll. Denn diese Kollegen sind doch bis heute meist in Lokalvereinen, wo ein Monatsbeitrag von 25 bis 50 Pfennig üblich ist. Infolgedessen ist es nicht leicht möglich, gleich 40 Pfennig Wochenbeitrag und dazu meist noch einen Ortszuschlag zu erlangen. Sind die Kollegen nur erst einige Zeit organisiert, dann wird man auch nicht auf so große Schwierigkeiten stoßen, einen höheren Beitrag durchzuführen. Denn dann lernen sie erkennen, daß solches im Interesse eines jeden liegt.

Daß nun auch diesen Kollegen in bezug auf Unterstützung etwas geboten werden muß, ist selbstverständlich; bis jetzt hat ja auch niemand von unsern Mitgliedern in der Zeitung dagegen Stellung genommen. Natürlich darf nur dann Krankenunterstützung gezahlt werden, wenn Lohnausfall entsteht. Wir zahlen doch nur Unterstützung, um die Mitglieder in schwerer Zeit über Wasser zu halten.

Die Gehilfen in Privatgärtnereien werden nicht soviel Opposition machen, wenn ihnen klar gemacht wird, daß es nur so möglich sein wird, die Privatgärtner für die Organisation zu gewinnen.

Gehen wir also froher Hoffnung an die Gründung einer Sektion für selbständige Privatgärtner, kommen wir den Kollegen in dieser Branche entgegen, dann wird auch der Erfolg nicht ausbleiben.  
L. Steinberg, Wannsee.

### Zum Ausbau unsres Beitrags- und Unterstützungswesens.

III.

Ein besonderes Mißgeschick will es, daß auch wir uns in der gegenwärtigen Zeit mit der „Finanzreform“ beschäftigen müssen. Den Kollegen, die bisher unsre Abrechnungen mit „großen“ Augen verfolgten, ist es etwas selbstverständliches, daß es so auf die Dauer nicht weiter gehen konnte. „Mehr Geld“ für die Hauptkasse ist die Lösung. Der goldne Mittelweg, der uns dieses Ziel erreichen hilft, sind zweifellos die Staffelbeiträge mit reduzierten Unterstützungssätzen im ersten Jahre der Mitgliedschaft. Der Grundsatz „Gleiche Rechte — gleiche Pflichten“ ist ja bereits durchbrochen, und wenn wir den Existenzverhältnissen des Einzelnen mehr Rechnung tragen wollen, so müssen wir eben auch dieses Mal wieder ein Stück davon opfern und für „verschiedene Pflichten — verschiedene Rechte“ einräumen. Betrachte ich mir nun die gemachten Vorschläge, so denke ich schon nicht mehr an die Reichsfinanzreform, sondern an die Ulk-

schrift „Staffeltarif“; denn mehr Staffeln sind wohl ohne Ulk kaum noch zu nennen. Mein Vorschlag geht dorthin, daß jede Staffel, die sich nicht als notwendiges Übel erweist, auch gestrichen wird, und wenn wir dabei nur die Arbeit sparen sollten, die schließlich einer besseren Sache wert wäre. Die Vorlage des Hauptvorstandes, drei Beitrags- und drei Unterstützungsklassen wäre annehmbar, nur verstehe ich nicht, warum man nicht für alle drei Klassen mit einer Bezugsdauer von 21 Tagen beginnt, und dann, warum die Bezugsdauer und die Beiträge steigen. Wir sind bisher, wenn auch schlecht, mit einem Unterstützungssatz von 1 Mk. pro Tag ausgekommen; nunmehr sollen aber in jeder Klasse 2 bis 3 Steigerungen stattfinden. Wengleich ich anerkenne, daß man hier den älteren Mitgliedern, die schließlich nur kurze Zeit arbeitslos sind, entgegenkommen will, so dürfte sich diese Staffelung doch kaum rechtfertigen, weil ihnen ja jederzeit der Weg zu höheren Beitragsklassen offen steht. Ich würde Einheitsätze: I. Kl. 0,75 Mk. pro Tag; II. Kl. 1,— Mk. pro Tag; III. Kl. 1,50 Mk. pro Tag für das richtigste halten. Im andern Falle, bei gleichmäßig steigender Bezugsdauer für alle Klassen, eine Steigerung nach dreijähriger Mitgliedschaft und zwar: Kl. I von 0,60 Mk. auf 0,80 Mk.; Kl. II von 1,— Mk. auf 1,20 Mk.; Kl. III von 1,20 Mk. auf 1,50 Mk. Es geht unmöglich an, die erste Klasse von der Unterstützung auszuschalten; auch diese Mitglieder sollen Kämpfer in der Organisation sein und benötigen deshalb einen finanziellen Rückhalt durch die Organisation. Einer Staffelung des Sterbegeldes und der Streikunterstützung kann ich nicht beitreten. Ich betrachte eine derartige Situation für zu ernst, als daß auch dort noch Klassenunterschiede gemacht werden müßten. Die Sätze, die die Hauptverwaltung heute dafür ausgibt, sind wohl für jeden Ort angemessen. Wenn auch für einzelne Orte eine Erhöhung der Streikunterstützung notwendig wäre, so wird man schließlich dies durch örtliche Zuschüsse erreichen müssen. Die Krankenunterstützung benötigt eines Ausbaues, indem man auch schwere Erkrankungen lediger Kollegen als unterstützungsberechtigt anerkennt, was schließlich durch eine Wartezeit von 3 bis 4 Wochen zu erreichen wäre. Die Notwendigkeit der „Extrawurst“ erkenne ich an, nur erscheint es mir nicht ganz gerecht, denselben Beitrag für Krankengeldzuschuß zu opfern, mit dem andre sich im Falle von Arbeitslosigkeit ernähren müssen. Die Abrechnung an die Hauptkasse durch Abzug von Prozenten ist jedenfalls einfacher; doch sind die großen Einnahmen der Ortsverwaltungen keineswegs überall vorhanden. Frankfurt a. M. würde, selbst bei Erhebung eines Ortszuschlages, auf 150% bestehen müssen; denn daß wir den Beitrag höher erheben als wie 0,50 M. wird uns keiner zumuten, und er wäre auch ohne Opfer unmöglich herauszuschinden. Daß nun aber auf die Dauer die Beamtenorte höher belastet werden sollen, erscheint mir nicht richtig. Den Nutzen der Beamten hat doch zuletzt die Gesamtorganisation, die Beamtenorte aber wieder haben Ausgaben, die sie sonst nicht hätten; je größer der Ort, umso teurer wird auch die Verwaltung sein. Auch hier wäre eine einheitliche Festsetzung auf 150% am Platze. Hoffen wir zum Schluß, daß unsre Finanzreform besser und gründlicher wirkt wie die des Deutschen Reiches.  
Fuchs, Offenbach a. M.

### Gewerkschaftliches Unterstützungswesen.

Der „Deutsche Metallarbeiterverband“ hielt in der Pfingstwoche eine ordentliche Generalversammlung ab, die sich u. a. auch mit einer Neuordnung des Beitrags- und Unterstützungswesens beschäftigt hat. Der Hauptvorstand hatte eine Vorlage zwecks allgemeiner Durchführung von Staffeltarifen vorgelegt. Eine von der Generalversammlung eingesetzte Kommission prüfte den Vorschlag und die dazu gestellten Anträge und schlug dann folgende Beitragsstaffeln vor: 70 Pfg., 60 Pfg., 45 Pfg., 30 Pfg. Der Antrag wurde jedoch abgelehnt. Es bleibt sonach bei dem Einheitsbeitrag von 60 Pfg. für männliche und 25 Pfg. für weibliche Mitglieder. — Zur Frage der Erwerbslosenunterstützung stand folgender Antrag zur Abstimmung: „Die Erwerbslosenunterstützung wird in 78 aufeinanderfolgenden Wochen für höchstens 120 Tage gewährt und beträgt bei einer Mitgliedsdauer von

Wochen	für männliche Mitglieder		für weibliche Mitglieder	
	pro Tag	pro Woche	pro Tag	pro Woche
52 bis 156	1,—	6,—	50	3,—
156 „ 260	1,16 <sup>2</sup> / <sub>3</sub>	7,—	58 <sup>1</sup> / <sub>3</sub>	3,30
260 „ 364	1,33 <sup>1</sup> / <sub>3</sub>	8,—	66 <sup>2</sup> / <sub>3</sub>	4,—
364 „ 468	1,50	9,—	75	4,50
468 „ 572	1,66 <sup>2</sup> / <sub>3</sub>	10,—	83 <sup>1</sup> / <sub>3</sub>	5,—

Beschlossen wurde statt 78 Wochen: „72 Wochen“. Für die Steigerung von 2 zu 2 Jahren stimmten vorerst 95, dagegen 84 Delegierte. Die Mehrzahl war also dafür. Indessen können im Metallarbeiterverband Statutänderungen nur mit einer Zweidrittelmehrheit beschlossen werden. Es mußte also in der neuen Periode noch einmal bei der jährlichen Steigerung verbleiben. Das erschien finanztechnisch aber unmöglich. Die Kommission trat zu einer nochmaligen Prüfung zusammen und beantragte, unter Darlegung der Gründe, eine neue Abstimmung. Nunmehr wurde mit großer Mehrheit beschlossen, die Steigerungssätze, wie obige Tabelle zeigt, von zwei zu zwei Jahren eintreten zu lassen. —

Der „Verband der seemannischen Arbeiter Deutschlands“ hielt in der Woche vor Pfingsten seinen 6. Verbandstag ab. Dieser beschloß eine allgemeine Beitragserhöhung von 40 auf 50 Pfg. pro Woche und Einführung der Arbeitslosenunterstützung nach folgenden Regeln:

52 Wochenbeiträge 0,70 Mk. × 21 Tage =	14,70 Mk.
156 „ „ 0,90 „ × 28 „ =	25,20 „
260 „ „ 1,10 „ × 35 „ =	38,50 „
364 „ „ 1,30 „ × 42 „ =	54,60 „
468 „ „ 1,50 „ × 49 „ =	73,50 „

Also auch dieser Verband hat die alljährliche Steigerung verworfen und eine solche von zwei zu zwei Jahren beschlossen. Bei recht kurzen Bezugszeiten. —

Der „Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter“, der ebenfalls in der Woche vor Pfingsten tagte, beschäftigte sich in ausgedehnten Debatten über die Frage der Beitragserhöhung. Nach langer Mühe kam man zu folgenden Beschlüssen:

Der wöchentliche Beitrag beträgt für männliche Mitglieder mit einem wöchentlichen Verdienst bis inklusive 21 Mk. 35 Pfg., darüber hinaus 40 Pfg.; für weibliche Mitglieder 25 Pfg.; für jugendliche Arbeiter 25 Pfg.

Der Bezug der Erwerbslosenunterstützung wird nach folgenden Sätzen geregelt: Für die erste Woche der Erwerbslosigkeit soll keine Unterstützung gezahlt werden. Die Erwerbslosenunterstützung beträgt nach einer Mitgliedsdauer von

Beitragswochen	Dauer von Wochen	für männl. Mitglied.		für weibl. Mitglied.	
		wöchentl. Beitrag 35 Pfg.	40 Pfg.	wöchentl. Beitrag 25 Pfg.	30 Pfg.
52	4	4 Mk.	6 Mk.	3 Mk.	3 „
156	5	4 „	6 „	3 „	3 „
260	6	4 „	6 „	3 „	3 „
416	7	4 „	6 „	3 „	3 „
520	8	4 „	6 „	3 „	3 „

Die männlichen Mitglieder können je nach ihrer Beitragsklasse die Summen von 16 bis 32 und 21 bis 48 Mk. erheben; die weiblichen können je nach der Dauer ihrer Mitgliedschaft 12 bis 24 Mk. Unterstützungsgelder beziehen.

Der Sterbeunterstützungsparagraph erhält nachstehenden Zusatz: Wird von einem Unterstützungsfall nicht innerhalb eines Vierteljahres Mitteilung gemacht, ist die Unterstützung der Verbandskasse verfallen, sofern nicht die Berechtigten an der Geltendmachung ihrer Ansprüche verhindert waren.

Bei der bevorstehenden Neuregelung unsres Unterstützungswesens wird man gut tun, sich die von den Verbänden der Metallarbeiter, der seemannischen Arbeiter und der Gemeindearbeiter getroffenen Vorkehrungen mit anzusehen und zu prüfen, welches davon unserm Unterstützungswesen nützlich gemacht werden kann. Wir verweisen hier vor allem darauf, daß alle diese drei Verbände Steigerungssätze von 2 zu 2 Jahren eingeführt haben (im Gemeindearbeiterverband einmal sogar 3 Jahre). Wir kleben noch in der alljährlichen Steigerung.

### Fachtechnische Rundschau.

Über den Meltau bei Chrysanthemum heißt es in den Mitteilungen der Agrikultur-Abteilung der Schwefelproduzenten u. a.: Der gefährlichste Chrysanthemumfeind ist der Meltau, gewöhnlich Schimmelpilz genannt, der in Gestalt eines feinen weißen Staubes auf den Blättern und auf dem oberen Teile des Stengels auftritt. Einzelne Sorten leiden schon sehr früh im freien Lande, andre mehr widerstandsfähige erst später, besonders im Hause. Die meltaukranken Pflanzen fallen durch die Farbenverschiedenheit sofort auf; sie werden zweckmäßig, wenn es sich um Topfpflanzen handelt, abseits zusammengestellt, um einer Übertragung der Pilzsporen auf die noch gesunden Pflanzen vorzubeugen. Die Einwirkung des Meltaupilzes (Oidium Chrysanthemi Rbhorst) auf die Pflanze ist eine ganz wesentliche. Abgesehen von den äußeren, das An-

sehen der Pflanzen sehr beeinträchtigenden Veränderungen treten auch innere Wachstumsstörungen auf, die die gleichmäßige und vollkommene Ausbildung der Blumen stören. Bekanntlich wird in den Blutzellen unter Einfluß des Sonnen- bzw. Tageslichtes Stärkemehl gebildet, dessen weitere Umsetzungsprodukte zum Aufbau des Pflanzenkörpers verwendet werden. Diese Stärkebildung geht aber nur in den Blutzellen vor sich, die grünen Blattfarbstoff (Chlorophyll) enthalten. Durch das Eindringen der Saugapparate des Pilzes in das Innere der Blätter werden die dort gebildeten Stoffe der Pflanze entzogen und dadurch eine Schädigung derselben hervorgerufen. Aber nicht allein hierin besteht eine Benachteiligung der Pflanze durch den Pilz, sondern er übt auch auf die entfernter liegenden Zellen einen Reiz aus, durch welchen auch deren Nährstoffe nach den Saugkörpern des Pilzes hinströmen, um von diesem zum Aufbau des eignen Körpers benutzt zu werden. Man hat deswegen versucht, die Pflanzen vor dem Pilzbefall zu schützen. Das beste und bewährteste Mittel gegen diesen Parasiten ist der Schwefel, der mit entsprechenden Apparaten auf die Pflanzen gestäubt wird. Nun kommt es vor allem darauf an, wenn man einer guten Wirkung gewiß sein will, daß der Schwefel möglichst fein gemahlen ist; Schwefelblumen (Schwefelblüte) helfen nicht viel, das ist schwerer auf den Blättern haften als gemahlener Schwefel. Man verlange daher ausdrücklich feinsten gemahlenden Schwefel. Die Anwendung des Schwefels muß sofort einsetzen, wenn irgendwelche Anzeichen für das Auftreten der Krankheit sprechen, damit der Schimmelpilz nicht dazu kommt, festen Fuß zu fassen. Sehr wichtig ist naturgemäß auch eine sorgfältige und vor allem richtige Behandlung und Düngung; in den meisten Fällen geht man in dieser Beziehung zu weit, sodaß die Pflanze verweicht. Schon im Vermehrungsbeet tritt der Meltau bei zu großer Wärme und Feuchtigkeit auf und muß auch dort durch Bestäuben mit Schwefel bekämpft werden. Bei den im Freien stehenden Chrysanthenen erscheint der Meltau erst nach Zutritt kühler und feuchter Witterung, wird aber meist zu spät beachtet, wenn der Schaden schon zu groß ist. Im allgemeinen sollte Ende Juli und bei Frühlingsorten schon Anfang Juli zum erstenmal und nach 14 Tagen zum zweitenmal geschwefelt werden. Im September ist die Gefahr noch größer und deshalb eine erneute Schwefelung nötig. Sobald die Pflanzen ins Haus kommen, ist darauf zu achten, daß sie genügend luftig stehen und nicht unter Feuchtigkeit zu leiden haben. Ein- bis zweimaliges Bestäuben mit Schwefel hält das Laub, das für alle späteren Sorten von der größten Bedeutung für Erzielung großer und lange haltbarer Blumen ist, gesund. Das vielfach übliche Aufstreuen von Schwefel auf die Heizungsrohre hat wenig Wert, weil dieser Schwefel nicht so sicher wirken kann, wie der auf allen Blatteiten feinst verteilte Schwefelstaub. Das Bestäuben mit Schwefel nehme man möglichst bei windstillem Wetter und zur wärmeren Tageszeit vor.

## Gärtner-Christen in Wien.

Die Gärtnergehilfen und Gartenarbeiter der Kaiserstadt Wien liefern ihren Arbeitgebern eine Schlicht, die erste ihrer Art. Die Zustände in den Arbeits- und Lohnverhältnissen waren so miserabler Natur, daß selbst die Organe der Unternehmer der Gehilfenschaft ihre Grüße entboten, als diese im vorigen Jahre mit Erfolg daran gegangen war, sich gewerkschaftlich zu organisieren und jenen Zuständen den Krieg zu erklären. Um nur ein Beispiel zu nennen: Handelsgärtner Ferd. Lauterer schrieb in der „Allg. Gärtnerzeitung“ (Wien):

„Einigt Euch zur Hebung Eures Standesbewußtseins, fordert unentwegt, wo Übelstände herrschen! Der Ruf nach verkürzter Arbeitszeit, nach mehr Lohn ist begründet und wird überall dort, wo mitfühlende Arbeitgeber wirken, Gehör finden.“

Die „Gärtnerische Rundschau“ (Wien) tadelte die Zustände in sehr scharfer Weise und beglückwünschte die Gehilfenschaft zu ihrem Unternehmen. Das Blatt nahm unsere Kollegen auch gleich in Schutz gegen etwaige Vorwürfe wegen der gewählten Organisationsform (Sektion im Anschluß an den Transportarbeiterverband) und wegen der „politischen Tendenz“; es schrieb nämlich: „Denjenigen, die mit ihren Kollegen aufrichtig mitfühlen, die Besserung ihrer Lage herzlich wünschen, kann es ganz gleichgültig sein, wer die Besserung herbeigeführt, wenn sie nur herbeigeführt wird.“

So stand die Sache im vorigen Jahre, als die Bewegung anging. Nachdem nun dieses Jahr unsere Wiener Kollegen ihren Wechsel präsentierten,

die Erfüllung ihrer aufgestellten Forderungen begehrten, da kamen auf Unternehmerseite die Reaktionen aus ihren Schlupfwinkeln hervor und rissen die Führung an sich: Das heilige Portemonnaie mußte geschützt werden. „Was soll Recht und Billigkeit? Wir haben die Macht und werden sie gebrauchen!“ — Und dann kam natürlich der Streik, nicht etwa von der Gehilfenschaft leichtfertig vom Zaun gebrochen, sondern von dem Unternehmertum mutwillig, herausfordernd herbeigeführt. „Niemals“, so schreibt das Organ des Reformklubs Wiener Handelsgärtner und der ersten österreichischen Handelsgärtnerverbindung, „ist ein Streik so mutwillig provoziert worden wie dieser. Was konnten die Gehilfen schließlich anders tun, nachdem man mit ihnen nicht verhandeln wollte? Die gegen jede Verhandlung stimmenden Delegierten der Wiener Ziergärtnergenossenschaft waren einzig und allein an dem Streik schuld!“

Unsre österreichischen Kollegen handelten sehr klug, daß sie von vornherein sich den Rückhalt beim Transportarbeiterverband geschafft hatten; nur dadurch konnten sie ihren Streik finanziell stützen und auch gleich Erfolge herausholen, die sie andernfalls nicht erreicht haben würden. Das Unternehmertum war wütend darüber. Da es zu seinem Teil auf die Dauer nicht ablehnend verharren konnte, so suchte es Bundesgenossen, und es fand solche. Kaum hatte die Schlacht begonnen, da erschienen die Hyänen in Gestalt eines plötzlich aus der Erde gestampften — „christlichen Gärtnerverbandes“. Mit frenetischem Jubel begrüßten die „jeder humanen, sozialen und christlichen Denkungsart abholden Streikhetzer“ (wie der Handelsgärtner Gattermayr, einer der verständigen und fortschrittlich denkenden Unternehmer, die Wüteriche im Unternehmertum sehr treffend bezeichnet hat) diese Gründung, und sie tun seitdem alles, um ihr Ausbreitung zu verschaffen. — Wie uns berichtet wird und wie Mitteilungen des „Reformklubs Wiener Handelsgärtner“ gleichfalls bestätigen, sind es nur ein paar Männchen, die jenen neuen „Verband der christlichen Gärtner und Gärtnergehilfen Österreichs“ (wie er sich heute sogar hochtrabend nennt) darstellen. Die wirklichen Macher und Finanzmänner dieser Clique sind also woanders zu suchen. Damit unsere Leser diese merk-, würdigen“ Christen einmal kennen lernen, geben wir hier den Wortlaut eines Aufrufs aus einem Schmähblatt wieder, das jetzt in Wien von diesen „Christen“ verbreitet worden ist (Sperrdruck- und andre Hervorhebungen nach dem Original); der Artikel lautet:

„Der rote Kapskutscher- und Fuhrwerkerverein in Wien führt den anziehenden Titel „Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Österreichs“, obwohl dieser Verband vom Handel wie vom Transport keine Person als Mitglied zählt und demselben seit Bestand des Vereins nur Fuhrwerkergehilfen als Mitglieder angehörten, die heute bis auf eine kleine Zahl (die meisten noch aus der Provinz) zusammengeschumpft sind. Die Wiener Fuhrwerkergehilfen sowie Verkehrsarbeiter wollen absolut von diesem roten Verband, dem sie lange Zeit umsonst ihre schwer verdienten Kreuzer opferten, nichts mehr wissen, indem ihre mißliche Lage nicht verbessert, sondern sie stets zur Mehrbezahlung an den Verband abgerichtet wurden, nur damit sich einige rote Wortführer, vielmehr Faulenzer, gute und fette Existenzquellen gründen konnten.“

Indem durch diesen Massenaustritt aus dem roten Transportarbeiterverein trotz großer Rührtrommel und Werbearbeit die Mitgliederzahl von Woche zu Woche zurückgeht, folglich auch die schönen Existenzen der bezahlten angestellten Versammlungsschreiber dieses roten Vereins gefährdet sind, wollen diese roten Herren ihr Glück bei den Gärtnergehilfen versuchen, um unter ihnen neue Mitglieder für den Transportarbeiterverein zu gewinnen, auf deren Kosten sich gewiß wieder für diese roten Herren eine gute und sichere Existenz schaffen ließe.

Seit Bestand des roten Vereins haben sich die Leute um die Gärtnerbranche noch niemals bekümmert, deshalb schon nicht, weil vor einigen Jahren noch genug Fuhrwerkergehilfen dem Verbands als Mitglieder angehörten. Da brauchten sie natürlich die Gärtnergehilfen nicht.

Heute, wo der rote Transportarbeiterverein an Mitgliederschwund

leidet, entdecken die roten Wortführer ihr warmes Herz für die Gärtner — diese müssen aus ihrer elenden wirtschaftlichen Lage gerettet werden — und versprechen ihnen alles Erdenkliche, Schöne und Mögliche, nur sollen die Gärtnergehilfen Mitglieder des roten Transportarbeitervereins werden, dann sei ihre Zukunft gesichert. (Das Zahlen ist bei diesen roten Freiheitshelden die Hauptsache) —

Einige ehemalige rot organisierte Mitglieder des Transportarbeitervereins zur Warnung an die Gärtner.

Nun, wir sagen diesen roten Herren des Transportarbeitervereins folgendes: — Bei den Gärtnern Österreichs werden sie wenig Glück haben, trotz allem schlagenden Tam-Tam, weil wir Gärtner und Gehilfen uns niemals hinter Kapskutscher stecken und von diesen führen lassen werden, noch weniger einem halbverkrachten Verein unsere sauer erworbenen Kreuzer in den Rachen werfen. Wir haben Männer unter uns, die gewiß selbst in der Lage sind, eine eigene Fachorganisation der Gärtner und Gärtnergehilfen Österreichs zu führen, und verzichten gradeso wie die große Zahl der ehemaligen rot organisierten Kapskutscher des roten Transportarbeitervereins auf dessen Hilfe. Das werden wir am besten und gründlichsten selber durchführen; haben uns diese Herren nicht früher entdeckt als jetzt, da ihnen das Wasser selber in den Mund läuft, so ist es kein Schade, wenn diese rote Rotte ersäuft. Das beweist, daß es diesen Leuten um die Rettung der Gärtner und Gärtnergehilfen weniger zu tun ist, sondern umgekehrt, daß sie sich durch die Gärner als Mitglieder selber retten wollen. Für das sind wir Gärtner nicht zu haben.

Deshalb, Gärtner und Gärtnergehilfen, weiset jede rote Agitation energisch von euch!

Unsre Leser werden aus diesen Ergüssen „christlicher Nächstenliebe“ ohne weiteres erkennen, auf wessen Konto eine solche Mache kommt: Wenn das nicht ein profitbanger Unternehmer selbst geschrieben hat, dann schrieb es die von Unternehmern bezahlte Kreatur. — Die „Mitteilungen des Reformklubs Wiener Handelsgärtner und der Niederösterreichischen Handelsgärtnerverbindung“ schreiben:

„Dem christlichsozialen Gehilfenverein mit seinen öden Anerbietungen, ihren Standeskollegen in den Rücken fallen zu wollen, haben die Herren, welche so aufgebracht waren, als ihnen Mangel an Intelligenz vorgeworfen wurde, ein Bravo-Bravo zugebrüllt. Haben sich diese Herren das Beschämende, Blamierende dieses Vorgehens vor Augen gehalten? Finden es die Herren schön, wenn ihnen einer ihrer Kollegen bei Organisationsfragen, wo es sich um die Besserung ihrer Lage handelt, in den Rücken fällt? Und das taten doch die christlichsozialen Gehilfen! Sie fallen ihren Kollegen, die für gerechte Forderungen kämpfen, was auch ihr eigener Vorteil ist, in den Rücken!“

Die „christlichen Gärtner“ der Kaiserstadt Wien sind ein würdiges Gegenstück zu dem, was ihre Berliner Gesinnungsgenossen 1905 und 1906 waren, vielleicht noch um einen Schein widerlicher. Daß sie dem Transportarbeiterverbande zum Vorwurf machen, dieser habe sich früher um die Gärtner nicht gekümmert, ist eine Spekulation gradezu auf die Blödigkeit. Die „christlichen Gärtner“, die schließlich wohl als erste die Pflicht gehabt hätten, sich um eine Verbesserung der Gehilfenverhältnisse in der Gärtnerei zu bemühen, traten ja überhaupt erst auf den Plan, als die „roten“ Gärtnergehilfen schon in der Schlacht waren. Und dann halfen sie nicht einmal ihren Standeskollegen, sondern fielen ihnen schmählich in den Rücken, was wir eben von Unternehmernseite bezeugt erhalten haben. Und solch eine Schwefelbände legt sich die Bezeichnung „christlich“ zu.

Wir haben genug von dieser ersten Probe der Wiener Christen-Gärtner. Die hat ganz gewiß Gott in seinem Zorn erschaffen. Wer Reinlichkeitsgefühl besitzt, hält sich die Sorte vom Leibe.

## Arbeitgeber-Entgegenkommen in Heilbronn a. N.

Wie entgegenkommend unsre Arbeitgeber ihren Arbeitnehmern gegenüber sind, haben uns unsre Heilbronner Handelsgärtner wieder so recht gezeigt. Daß in Heilbronn die Verhältnisse die denkbar schlechtesten sind, ersieht man daraus, daß, fast ohne Ausnahme, jeder Gärtnereibesitzer 1 bis 4 Lehrlinge und noch mehr hält, bei nur 1 bis 2 Gehilfen oder sogar garkeinem. Die Arbeitszeit beträgt „nur“ 11 bis 13 Stunden und darüber.

Um diese Mißstände in etwas zu beseitigen, hatte der Zweigverein Heilbronn des A. D. G. V. im März eine Eingabe an den Handels-Gärtner-Verein Flora eingereicht. In dieser wird um eine geregelte Arbeitszeit von 11 Stunden nachgesucht. Darauf erhielten wir nun folgendes Antwort-Schreiben:

„Heilbronn, den 5. April 1909.

An den Vorstand d. Allg. Deutschen Gärtner-Vereins, Zweigverein Heilbronn, Herrn Otto Fuchs, Hier!

Ihr Schreiben vom 27. März 09, gerichtet an den Vorstand d. Vereinig. selbst. Handelsgärtner Wrttbg., Section Hlbr., z. H. d. H. W. Daucher, wurde in einer Ausschuß-Sitzung d. hiesigen „Gärtner-Vereins Flora“ behandelt u. wurde folgendes beschlossen:

Da angenommen wurde und in dem Schreiben es sich nur um hiesige Gärtnereien handelt, so konnten wir die Angelegenheit als Vereinssache ansehen u. können wir Ihnen nur mitteilen, daß unserem Verein nicht alle Gärtnerei-Inhaber angehören und wir nur unseren Mitgliedern Ihre diesbezüglichen Wünsche unterbreiten können, sollten Sie jedoch die Sache weiter ausgedehnt wissen wollen, so müßten Sie die Angelegenheit an den Vorstand des Bezirks II d. Vergg. selbst. Hdsig. Wrttbg. z. H. d. Herrn W. Gratz, Hier, gelangen lassen.

Der Ausschuß d. h. Gärtner-Vereins Flora hat Ihre Wünsche geprüft u. ist an hiesigem Platze, wo es sich nur um kleine u. mittlere Gärtnereien handelt, eine gewünschte genau geregelte Arbeitszeit kaum durchführbar. Am ersten trifft dies in jetziger Zeit zu u. ist der Prinzipal, der ein kleines Geschäft betreiben muß, gewiß nicht um sein Los zu beneiden, und ein Anfänger muß alles aufbieten, um sich u. seine Existenz zu erhalten.

Sehr segensreich könnte der Vorstand des Allg. D. G. Vereins, Zweig-Verein Heilbronn, wirken, seinerseits seinen Mitgliedern dringend ans Herz zu legen, auf dem von ihnen angenommenen Posten seine Schuldigkeit voll und ganz zu thun, denn nur auf dieser Grundlage läßt sich auch eine geregelte Arbeitszeit finden.

Achtungsvoll

Namens d. Ausschusses d. Gärtner-Vereins Flora  
E. Treudt Wilhelm Daucher.“

Auf dieses Schreiben haben wir geantwortet, daß wir die Regelung der Arbeitszeit nur auf die Heilbronner Firmen ausgedehnt wissen wollen. Wir führten gleichzeitig vor Augen, was für Vorteile eine geregelte Arbeitszeit auch für die Unternehmer habe. Auch habe unsre Organisation ihren Mitgliedern stets zur Pflicht gemacht, ihre Posten voll und ganz auszufüllen. Wir schlugen weiter vor, in der Sache gemeinsam mit unserm Vorstände zu verhandeln.

Diese Herren fanden es aber nicht der Mühe wert, uns hierauf zu antworten; auch auf unser wiederholtes Anfragen erhielten wir keine Antwort. Wir haben uns ja schon im voraus nicht viel versprochen; indes, Höflichkeit glaubten wir dennoch erwarten zu können. Wir sind jetzt auch in diesem Punkte getäuscht worden. Unsre fernstehenden Kollegen mögen daraus erkennen, wie notwendig es ist, sich der Organisation anzuschließen! K. W.

## Kost- und Logiszwang in Cöln a. Rh.

Gärtnerei Brüssel, Cöln-Lindenthal. Das Zimmer der Gehilfen ist in der obersten Etage unterm Dach. Die Breite beträgt 2,70 m; Höhe 3 m; Länge 3,75 m. Das Fenster ist 1,75×70 cm. Die Decke ist 2,20 m, natürlich dem Dach gemäß schräg ablaufend. Dieses Zimmer dient für 2 Gehilfen, dasselbe ist mit folgenden Möbeln ausgestattet: 2 Betten, 1 Kommode, 2 Stühle, welche zugleich als Waschtölpel dienen. Einen Schrank kennt der Gehilfe daselbst nicht. Es ist ein einfaches Brett, worunter sich einige Ösen befinden. Um seine Kleider aber vor Staub zu schützen, muß der Gehilfe sich selbst einen Vorhang dazu

stellen. Auch gibt es keinen Ofen; denn erstens ist dafür kein Platz, und dann ist es ohne einen solchen auch dienlicher: die Kollegen werden nicht verweicht, sondern sind immer frisch und munter bei der Arbeit. Da in der kleinen Kammer zum Bewegen kein Raum ist, so dient den Gehilfen das Gewächshaus auch als Aufenthalt. Will nun der Kollege einmal schreiben oder hat er sonst einen Tisch nötig, so wird er Praktiker. Schnell werden einige alte Kisten gesucht, ein altes Brett und eine alte Decke darüber gelegt, und die schönste Ausstattung ist fertig. Auch an der Regelmäßigkeit in der Arbeitszeit bleibt viel zu wünschen übrig. Um 6 Uhr wird angefangen, um 8 Uhr „schon“ Kaffee getrunken, des Mittags wird es mitunter 1 1/2 Uhr, bis es etwas zum Essen gibt. Das Abendbrot ist zwischen 8 bis 9 1/4 Uhr festgesetzt. Ist nun der Monat herum, so müssen sich die Gehilfen noch die paar Kröten an „Gehalt“ fordern. Dabei möchte ich noch erwähnen, daß der Herr Prinzipal zugleich Restaurateur ist und er wohl deshalb sehr leicht seine Angestellten vergessen kann. — Auch haben die Wände daselbst sehr große Ohren, und manch armer Kollege kann sich garnicht vorstellen, wie es kommt, daß Herr B. alles erfährt, was sich die Kollegen untereinander erzählen.

Firma C. Schneider, Cöln, Christophstr. 29. Obwohl die Behandlung der Gehilfen nach den Cöln'schen Verhältnissen etwas besser sein soll, bleibt dennoch viel zu wünschen übrig. Geklagt wird über Unpünktlichkeit im Essen. Ruhepausen gibt es nicht. Der Wahlspruch dieses Herrn lautet: „Bete und arbeite.“ Denn in religiösen Sachen läßt Herr Schneider nichts auf sich kommen. Das Wichtigste ist die Kündigung. Obwohl der Lohn alle Monate gezahlt wird, so ist nur achtstägige Kündigung. (Dagegen wäre u. E. nichts einzuwenden. D. Red.) In der Küche (Eßraum der Gehilfen) ist ein Schild angebracht, auf dem die Kündigungszeit vermerkt ist; doch ist das so unsichtbar, daß es selten jemand sieht und der Gehilfe ganz überrascht ist, wenn die Kündigung eintritt. Herr Sch. beschäftigt auch Bänderinnen. Haben dieselben die ganze Woche hindurch tüchtig gearbeitet, so dürfen sie des Sonntags auch einmal die Freiheit genießen und von 3 Uhr oder später bis 10 Uhr ausgehen. Hausschlüssel gibt es nicht (auch nicht für Gehilfen). Zum Abendessen am Sonntag müssen die Gehilfen zuhause sein; bleiben sie fern, so können sie gehen, wie es schon vorgekommen. In der Firma herrscht großer Stellenwechsel.

B. G., N.

## Rundschau.

Berlin, den 15. Juni 1909.

In Kiel ist vorige Woche ein allgemeiner Lohnkampf der städtischen Arbeiter ausgebrochen. Anlaß dazu gab die neuerdings wieder vom Magistrat gegen die geringen Forderungen der städtischen Arbeiter bekundete ablehnende Haltung. Keine, selbst nicht die geringsten Zugeständnisse glaubte man den Arbeitern machen zu sollen. Hingegen ließ der Magistrat durch den Mund eines Stadtrats erklären, daß auch die drohende Haltung der Arbeiter den Magistrat nicht zu einer andern Meinung veranlassen könne. Vor acht Tagen legten die Arbeiter der Müllabfuhr geschlossen die Arbeit nieder, 99 an der Zahl; nur 5 blieben stehen. Tags zuvor hatte der Oberbürgermeister abgelehnt, mit der Organisationsleitung des Gemeindearbeiterverbandes zu verhandeln. — Die Arbeiter der Straßenreinigungsanstalt wurden aufgefordert, die dringliche Arbeit der Ausständigen zu übernehmen. 130 Mann, die sich dessen weigerten, wurden entlassen; nur 12 blieben im Dienst, wozu 5 der gleichfalls tätig gebliebenen Leute der Eimerabfuhranstalt kamen. Sie waren nach Kräften tätig, die dringendsten Arbeiten zu erledigen. Den in der Stadtgärtnerei nicht ständig beschäftigten Leuten wurde im Verlaufe der Woche mitgeteilt, daß diese Beschäftigung ihr Ende erreicht habe, doch wurde ihnen anheim gegeben, sich bei der Straßenreinigungsanstalt zu melden. Also Streikbrecher zu machen! Den ständigen Arbeitern der Stadtgärtnerei ist mit 14 tägiger Frist gekündigt worden. Auch ihnen ist Gelegenheit geboten, bei der Straßenreinigungsanstalt einzutreten!

Da die Stadtverwaltung sich von außerhalb eine Anzahl der bekannten „nützlichen Elemente“, Streikbrecher, verschafft hat, so bemächtigte sich der Kämpfenden und der übrigen Arbeiterschaft Kiels große Erbitterung. Am Freitagabend vollzog sich eine große Massenansammlung, die mit den Polizisten in Konflikte geriet. Ein Bericht von gestern meldet, „zwecks Aufrechterhaltung der

Ordnung“ werde das Kieler Infanterie-Bataillon in Bereitschaft gehalten! Bis gestern waren insgesamt etwa 500 Mann ausständig bzw. ausgesperrt.

Ein Kieler Gärtnereiunternehmer (Landschafter) stellte an seine Gehilfen bzw. Arbeiter das Ansinen, durch Mithilfe beim Entleeren von Kübeln mit Exkrementen, Streikarbeit zu leisten, doch wurde dies verweigert. Unsre Kieler Kollegen sind von unsrer dortigen Organisationsleitung angewiesen worden, strikte Solidarität zu üben. Zuzug nach Kiel ist fernzuhalten! —

Wie das Scharfmachertum gewisse in Arbeiterkreisen sich von Zeit zu Zeit bemerkbar machende Neigungen, den angestellten Gewerkschaftsbeamten das Vertretungsrecht auf Verbandstagen zu kürzen, für die Scharfmacherzwecke auszubuten verstehen, dafür liefert die Nr. 24 der „Arbeitgeberzeitung“ einen recht anschaulichen Beweis. Es wird da mitgeteilt, die Bezirkskonferenz Essen des Gewerkevereins christl. Bergarbeiter und die Zahlstelle Schönebeck desselben Verbandes hätten beantragt: Die Generalversammlung wolle beschließen, daß als Generalversammlungsdelegierte nur Kameraden gewählt werden dürften, die noch in einem festen Arbeitsverhältnis stehen, nicht aber angestellte Verbandsbeamte. Die „Arbeitgeberzeitung“ schreibt dazu:

„Als zu Streikzeiten die Werkbesitzer nicht mit Agitatoren, welche von auswärtig verschrieben waren, sondern nur mit Belegschaftsmitgliedern verhandeln wollten, da wurde dieser vernünftige Standpunkt als Herrenmoral charakterisiert. Jetzt haben wir den Fall, daß die eigenen Organisationsmitglieder ihre Interessen nicht den Angestellten des Verbandes, sondern nur den selbst gewählten Delegierten anvertrauen wollen: In Arbeiterkreisen wird man sich diese Haltung der Gewerkschaften für künftige Streifälle zu merken haben.“

Desgleichen sucht die „Arbeitgeberzeitung“ die erwähnten Anträge auszuschlachten gegen die Forderungen der Arbeiterschaft, die darauf abzielen, daß die Gewerkschaftsbeamten und Arbeitersekretäre als Arbeitervertreter zu den Schiedsgerichten der Arbeiterversicherung, zu den Arbeitskammern und sonstigen Einrichtungen zugelassen werden. Die Kollegen werden daraus erkennen, daß es nicht bloß ein ungerechtes Verlangen ist, was in derartigen Anträgen gelegentlich auftaucht, sondern daß sie damit auch ihren erbittertesten Feinden Waffen in die Hände liefern. — Der letzten Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes lagen eben solche Anträge vor; die wurden dort aber verdientermaßen einstimmig abgelehnt.

Die Urabstimmung. Unter dieser Stichmarke lesen wir im „Grundstein“, dem Organ des Maurerverbandes: Im Schneiderverbande nahm man kürzlich eine Urabstimmung über die Einführung der Erwerbslosenunterstützung vor. Sie ergab die Ablehnung der Vorlage mit 8629 Stimmen gegen 3517, die für die Erweiterung des Unterstützungswesens waren. Die Beteiligung war äußerst schwach. Nur 12263 Mitglieder oder 31% der Mitgliederzahl des Verbandes beteiligten sich an der Abstimmung über die enorm wichtige Frage. Das ist durchaus nicht ungewöhnlich. Wir erinnern an die Urabstimmungen bei den Stukkateuren und Dachdeckern über den Anschluß dieser Verbände an unsern Verband. Auch bei diesen zeigte sich eine verblüffende Teilnahmslosigkeit eines großen Teils der Mitglieder, obwohl es sich doch auch da um sehr wichtige Fragen handelte. Es geht daraus hervor, daß die Urabstimmung durchaus nicht das Mittel ist, um die Meinung des ganzen Verbandes zu erforschen. Fast immer ist es nur eine Minderheit der Mitglieder, die überhaupt Stellung nimmt, und dann kann es oft vorkommen, daß die Meinung von 20 oder 25% der Gesamtheit entscheidet. Daran läßt sich, wie es scheint, nichts ändern; aber man sollte die Konsequenzen daraus ziehen und sollte sich eines so untauglichen Mittels nicht mehr bedienen.

Ein im Verborgenen blühendes Veilchen, der „Bund der Gärtner“, den seinerzeit die Herren Stadtgartendirektor (jetzt a. D.) Degenhardt in Dresden und Handelsgärtner Maurer in Gohlis bei Dresden gezeugt haben, hat ein Lebenszeichen der Öffentlichkeit gegeben. Dieser „Bund“ gibt ein Blättchen heraus, das er „Die Schule des Gärtners“ nennt. Für dieses Blatt möchte der „Bund“ von der sächsischen Staatsregierung einen Zuschuß von 500 Mk. erlangen. Naive Seelen, diese eigenartigen Käuze.

Eine recht schöne Herrschaftsgärtnerstelle verspricht folgendes Inserat im „Lehrmeister im Garten und Kleintierhof“ (11. April):

# Kassenabschluss der Hauptkasse für das erste Vierteljahr 1909.

## Einnahmen.

	Haupt-Summe	Eintrittsgeld à 50 Pfg.	Mitglieds-karten à 10 Pfg.	Ordentl. Beiträge	Außer-ordentl. Beiträge	Inserate	Bezugs-geld	Verlag	Buch-handel	Zuschuss von den örtl. Ver-waltungen zurück	Porto	Aus den Bezirken	Ver-schiedenes
Januar . . . . .	586,56	2,50	—	133,20	—	252,36	67,70	37,15	83,80	—	4,78	—	5,07
Februar . . . . .	465,15	3,50	—	154,35	—	133,70	15,50	5,25	0,60	—	5,75	—	146,50
März . . . . .	17474,57	1,00	87,40	12693,00	10,00	465,75	83,28	508,35	14,90	2404,30	0,96	1171,70	33,93
Sa.	18526,28	7,00	87,40	12980,55	10,00	851,81	166,48	550,75	99,30	2404,30	11,49	1171,70	185,50

## Ausgaben.

	Haupt-Summe	Zeitung	Unterstützungen					Agi-tation	Lohn-bewegungen	Ge-hälter	Druck-sachen	Porto	Ver-lag	Buch-handel	Zu-schuss an örtl. Ver-waltungen	Rechts-schutz	Haus-halt	Be-zirks-kassie-rung	An die Bezirke	Ver-schiedenes
			Arbeits-losen-	Reise-	Kran-ken-	Not- u. Umzugs-	Gemess-regelt-													
Januar . . . . .	3724,26	1107,30	138,00	—	—	58,00	—	118,90	—	383,33	35,00	102,31	964,50	41,77	150,00	27,10	212,55	—	—	385,50
Februar . . . . .	3325,85	984,55	69,00	48,00	—	74,00	—	146,88	—	418,33	415,00	116,58	1,25	1,75	472,00	31,90	27,80	—	—	518,81
März . . . . .	17359,09	1065,62	9226,00	241,00	279,50	261,00	127,40	337,55	133,40	473,34	36,75	153,47	—	9,20	1693,01	231,40	37,84	111,36	2691,66	249,59
Sa.	24409,20	3157,47	9433,00	289,00	279,50	393,00	127,40	603,33	133,40	1275,00	486,75	372,36	965,75	52,72	2315,01	290,40	278,19	111,36	2691,66	1153,90

Der Ausgabeposten „Verschiedenes“ verteilt sich wie folgt: Bibliothek und Bildungswesen: 288,40, Konferenzen und Sitzungen: 272,95, Arbeitsnachweis: 241,90, Versicherungskasse der Angestellten: 72,00, Fernsprecher: 57,50, Abonnements: 45,21, Bindekunstverlag Erfurt: 40,00, Hinterlegte Lokalkassengelder zurück: 20,00, Kleine Ausgaben, Hauptverwaltung: 19,55, Invaliditätsbeiträge: 10,48, Stempel: 6,20 und Sonstige Ausgaben: 79,71 Mk. Summa: 1153,90 Mk.

Bestand am Schlusse des Jahres 1908: 13742,52 M.  
Einnahmen im ersten Vierteljahr 1909: 18526,28 „  
Summa: 32268,80 M.  
Ausgaben im ersten Vierteljahr 1909: 24409,20 „  
Bestand am Schlusse des ersten Vierteljahrs 1909: 7859,60 M.

Berlin, den 14. Juni 1909.

Georg Schmidt, Vorsitzender.

Geprüft und für richtig befunden:

Berlin, den 15. Juni 1909.

Die Revisoren:

H. Dockhorn. W. König. Fr. Schmidt.

Ev., verh., selbst. Gärtner ges., der f. Gut a. Sattlerarb. ausf. muss. Zeugn. m. Gehaltsanspr. an Dom. Kl., Post Gr.-Koslaw, Ostpreussen.

„Gärtner, der Sattlerarbeiten ausführen muß.“  
„Das Licht kommt aus dem Osten!“, bemerkt dazu unser Freund, dem wir die Einsendung dieses Ausschnittes verdanken.

Geschlechtliche Impotenz verlangt von seinen Gärtnereuten ein Leipziger Villenbesitzer; dieser inseriert in den „Leipz. Neueste Nachrichten“ vom 13. Juni:

### Gärtner gesucht!

In Villa mit grösserem Grundstück, Vorort Leipzig, ist die Gärtner- und Hausmannsstelle Anfang Juli zu besetzen. Tüchtigem, erfahrenen Gartenarbeiter resp. älterem, kinderlosen Ehepaar, das ehrlich und treu zur Herrschaft hält, ist Gelegenheit geboten, sich eine ruhige und dauernde Stellung zu schaffen. Offerten mit Zeugnisabschriften und Lohnansprüchen unter P. 2316 Exped. Königsplatz 17.

In das goldne Buch der Lehrlings-züchter wünscht eingetragen zu werden der Gärtnereibesitzer Gustav Grothe in Pritzwalk (Pommern); dieser beschäftigt 5 bis 7 Lehrlinge bei einem, manchmal zwei, mitunter auch garkeinem Gehilfen.

### Korrespondenzen.

**München.** Ortsverwaltung. Am Samstag, den 8. Mai, befaßte sich die Ortsverwaltung München in einer Generalversammlung mit den Neueinrichtungen im 4. Agit.-Bezirk, durch die wir (statt wie bisher 27 Pfg. pro Marke) in Zukunft 35 Pfg. pro Marke an die Hauptkasse abzuliefern haben. Eine derartig rapide Steigerung von 8 Pfg. pro Marke mußte natürlich auch ungünstig auf die Finanzen der Lokalkasse einwirken. Um nun diese Mehrablieferung wieder wett zu machen, wurden zwei Anträge eingebracht. Der erste forderte, einen Wochenbeitrag von 50 Pfg., der zweite einen Extrabeitrag von 25 Pfg. pro Woche auf die Dauer von 5 Wochen zu Gunsten der Lokalkasse einzuführen. Infolge des schlechten Wetters war die Versammlung mäßig besucht, um einen derartig weitgehenden Antrag zum Beschluß zu erheben. Darum entschied man sich für eine Urabstimmung. Hier das Resultat. Ausgegeben wurden 189 Stimmzettel, durch deren Abgabe die Kollegen sich für den einen oder andern Antrag entscheiden sollten. Eingelaufen sind resp. im Büro abgegeben wurden im ganzen 163 Stimmzettel; außerdem erklärten sich 8 Kollegen bereit, sich der Mehrheit anzuschließen. Nicht abgegeben sind 18 Stimmzettel. Auf dem Rundscheiben war bemerkt, daß, wer seinen Stimmzettel nicht einliefert, von diesem angenommen wird, daß sich der Betreffende der Mehrheit fügen wolle. Von den 163 eingelaufenen Stimmzetteln lauteten 146 für einen Wochenbeitrag von 50 Pfg., 9 Stimmzettel für einen Extra-

beitrag von 25 Pfg. pro Woche, und 8 Kollegen stimmten gegen jede Beitragserhöhung. Somit ist der 50 Pfg.-Beitrag pro Woche mit erdrückender Mehrheit angenommen und gilt dieser für alle Branchen, da die Versammlung ausdrücklich eine Anregung, für Topfpflanzen und Gemüsebau niedrigere Beiträge einzuführen, abgelehnt hat. Denn in Wirklichkeit stehen sich die Landschaftsgärtner schlechter als die andern Branchen.

Die Abstimmung macht den Münchner Kollegen alle Ehre. Wie sie im Jahre 1907 einstimmig den Beitrag auf 45 Pfg. erhöhten, so opferfreudig hat die überwiegende Mehrheit dieses Jahr beschlossen, der Organisation finanzielle Mittel zu verschaffen, um bei den unvermeidlichen Kämpfen mit den Arbeitgebern auch gerüstet zu sein.

Dieses Resultat zeigt uns jedenfalls, daß die Münchner Kollegenschaft nicht mehr so unreif ist, wie ein Teil der Kollegen noch beliebt anzunehmen. Diejenigen Kollegen aber, die gegen die Beitragserhöhung stimmten, werden jedenfalls auf eine so geschlossene Abstimmung nicht gerechnet haben; wir hoffen, als aufgeklärte Kollegen werden sich dieselben der Mehrheit fügen.

Der Beitrag mit 50 Pfg. tritt mit der 27. Woche, also ab 1. Juli, in Kraft.

Am 26. Juni findet im Högerbräu Quartalsversammlung statt: Stellungnahme und Antragstellung zur Generalversammlung, sowie Beratung der Statuten für die Ortsverwaltung. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Am 4. Juli feiert die Ortsverwaltung München ihr diesjähriges Sommerfest im Franziskanerkeller, Hochstr. 7. Zahlreicher Besuch ist erwünscht.

J. Rolke, Baaderstr. 80, III 1.

### Allgem. Deutscher Gärtnerverein.

Berlin N. 37, Metzger Strasse 3. Fernsprecher Amt 3, 5383  
Vorsitzender: Georg Schmidt.

Bei jedem schriftlichen Verkehr ersuchen wir um deutliche Angabe der Adresse des Absenders. (Name, Ort Strasse und Hausnummer.)

### Bekanntmachungen.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag, den 20. Juni der 25. Wochenbeitrag 1909 für die Zeit vom 20. Juni bis 26. Juni 1909 fällig ist.

Hiermit machen wir nochmals die Vorstände und alle Mitglieder auf die in No. 13, Jahrgang 1909 der Allg. Deutsch. Gärtner-Zeitung veröffentlichte Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung aufmerksam.

Wir ersuchen, zu dieser außerordentlichen Generalversammlung Stellung zu nehmen.

Die Beratung der zu stellenden Anträge ist sofort zu veranlassen. Die Anträge müssen bis spätestens 26. Juni 1909 in den Händen des Hauptvorstandes sein, damit diese noch rechtzeitig in der Zeitung veröffentlicht werden können.

Für die Generalversammlung gelten die §§ 27 bis 35 der Statuten.

**Briefblätter, die Anträge enthalten, dürfen nur auf einer Seite beschrieben werden. Wer diese Vorschrift unbeachtet läßt, setzt sich der Gefahr aus, daß die zweite Seite übersehen wird!**

— Berlin, Ortsverwaltung. Donnerstag, den 24. Juni 09, abends 9 Uhr, findet in „Dräsel's Festsäle“, Berlin, Neue Friedrichstr. 35, eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: 1. Unsre Anträge zur Generalversammlung. 2. Aufstellung der Kandidaten für die Delegiertenwahl. 3. Ersatzwahl zum Vorstände der Ortsverwaltung.

Mitgliedsbuch resp. Karte sind mitzubringen, ohne dieselben kein Zutritt.

— Döllitz-Markleeberg b. Leipzig. Das Bezirkslokal ist von der Friedenseiche verlegt nach dem „Gasthof zum Reiter“ in Döllitz. Die Versammlungen finden Mittwochs nach dem 1. und 15. des Monats, regelmäßig im „Reiter“ statt.

Der Bezirksführer.

— Leipzig. Warnung. Am 1. Juni ist von Leipzig der Gärtner Paul Scherbeck verschwunden. Derselbe ist 1887 in Schwerte in W. geboren, war 1908 in der französischen Fremdenlegion und ist jetzt für die deutsche Telegraphenabteilung ausgehoben. Bei seinem Weggang von Leipzig hat er einem Kollegen ein Fahrrad gestohlen, außerdem ein österreichisches Arbeitsbuch, Paß und ein Zeugnis der Gartenbauschule Witkowitz. Sämtliche Papiere lauten auf den Gärtnergehilfen Karl Halska, geboren am 14. 5. 88 in Radun (Osterr. Schlesien). Etwaige Angaben über Scherbeck, der allenfalls auf die Papiere des Kollegen Halska reist, sind an die Ortsverwaltung Leipzig zu richten.

### Inhaltsübersicht zu No. 25.

Grenzstreitiges vom Gemeindefachverbande. — Organisationsfragen. — Zum Ausbau unsres Beitrags- und Unterstützungswezens. — Gewerkschaftliches Unterstützungswezen. — Fachtechnische Rundschau — Gärtner-Christen in Wien. — Arbeitgeber-Entgegenkommen in Heilbronn a. N. — Kost- und Logiszwang in Cöln a. Rh. — Rundschau: Streik der städtischen Arbeiter in Kiel; Sollen Gewerkschaftsangehörige keine Gen.-Versg.-Mandate erhalten dürfen? — Urabstimmung, ein event. bedenkliches Verfahren; Bund der Gärtner; Hortschaftsstellen; Lehrlingszähler. — Korrespondenzen: München. — Allgem. Deutscher Gärtnerverein: Bekanntmachungen. — Feuilleton: Etwas vom Tanze.

★ ★ Anzeigen-Teil. ★ ★

Die viermal gespaltene Petitzeile oder deren Raum kostet 30 Pfg.

Schluß der Anzeigen-Annahme: Dienstags früh.

Für den Anzeigenteil übernimmt die Redaktion nur die gesetzliche Verantwortung.

**Chiffre-Briefe** befördert die Expedition nur weiter, wenn die Einsender das Frankatur-Porto beifügen. Die Expedition.

Unsere in (1159/27) **Borgsdorf b. Oranienburg** belegen Landereien, bestehend aus ca. 25 Morgen Obst- u. Spargelplantagen, ca. 100 Morgen Ackerland nebst einem herrschaftl. Wohnhaus, Gärtner-Wohnhaus, Stallungen, Remisen u. Wirtschaftsgebäuden sind ganz oder geteilt per 1. Juli d. J. unter günstigen Bedingungen zu verpachten. Näheres durch die **Neue Boden-Aktiengesellschaft, Berlin N.W., Mittelstr. 2-4, III.**

**Welcher Kollege**

könnte einem verheirateten Kollegen, Ende 30er — seit 20 Jahren der Organisation angehörend — zum 1. Juli eine annehmbare Stellung als Herrschaftsgärtner verschaffen? Suchender war zumeist als Herrschaftsgärtner in selbständigen Stellungen tätig. Angebote erb. unt. E. J. an d. Geschäftsstelle des A. D. G. V., Berlin, Metzgerstr. 3.

**2000 Stück EPHEU**

werden gesucht. Offerten mit Preisangabe unter L. K. 1014 an die Expedition dieses Blattes. (1168/26)

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 37. Heft des 27. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes hervor: Von der andern Seite her. — Positive Arbeit und Revolution. Von K. Kautsky. — Zur Einführung der bayerischen Magistratsverfassung in den rheinpfälzischen Stadt- und Marktgemeinden. Von Hermann Kemmele (Ludwigshafen a. Rh.). — Die Wahlen in Dänemark. Von Gustav Bang (Kopenhagen). — Zum italienischen Kongress über Gewerbekrankheiten. Von Oda Olberg (Rom). — Der Gross- und Kleinbetrieb in der schweizerischen Viehhaltung und Viehzucht. Von A. Below (Zürich). — Einige Zahlen zur Charakteristik der finanziellen Lage Deutschlands. — Zeitschriftenschau. — Bibliographie des Sozialismus.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zu Preise von **Mk. 3,25** pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfg. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben No. 18 des 19. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer hervor: Der Mutterschutz in der Krankenversicherung der Reichsversicherungsgesetzgebung. Von Luise Zietz. — Der Schutz der Heimarbeiter in der Reichstagskommission. II. Von Gh. — Der Londoner Kongress des Weltbundes für Frauenstimmrecht. — Steigerung der Frauenerwerbskraft in Bayern. Von ad. br. — Theaterabend. Von Hermann Wendel. — Der fünfte Kongress der Krankenkassen Deutschlands. Von Luise Zietz. — Aus der Bewegung: Dem Kämpfer gegen den Militarismus zum Gruss. — Von der Agitation. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. F. — Neuzentral. Dienstbotenfrage. — Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels- und Verkehrswezens. — Frauenbewegung.

Für unsere Mütter und Hausfrauen: Sturm. Von Nikolai Alexewitsch Nekrasoff. — Die Entstehung der Gebirge. Von Hannah Lewin-Dorsch. — Elternteilhaft. Von Johannes Kretzen. — Ballade. Von Jean Richopin. — Hygiene. — Feuilleton: Was ist die Welt? Von Morris Rosenfeld. — Ein Landjunker. Von Nikolaus Gogol. (Schluss.) — Eine Geschichte von der Autorität. Von Maltatuli. — Für unsere Kinder: Waldeslehre. Von Robert Seidel. (Gedicht.) — Der erste Kampf ums Recht. Von Emma Dütz. — Eine Flossfahrt auf dem Main. I. Würzburg. Von Heinrich Wandt. — Das Kind. Von Friedrich Hebbel. (Gedicht.) — Das Wildweibchen. Von Jan Herben. Aus dem Tschechischen übersetzt von Otto Pick. (Schluss.) — Das Liebespaar. Ein Märchen von H. C. Andersen. — Tanzlied. Von Franz Mading. (Gedicht.)

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfg., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pfg.; unter Kreuzband 85 Pfg. Jahresabonnement 2,60 Mk.

**Gärtner-Lehranstalt Oranienburg bei Berlin.**

Institut der Landwirtschaftskammer — Beginn des Wintersemesters am 19. Oktober 1909 (Späterer Eintritt nach Vereinbarung).

Die Anstalt bietet **Gelegenheiten zur gründlichen theoretischen Ausbildung** auf allen Gebieten der Gärtnerei.

Reichhaltiges Demonstrationsmaterial im Anstaltsgarten und Exkursionen nach dem bequem und mit geringen Kosten zu erreichenden Königl. Gärten und den bedeutenden Handelsgärtnereien von Berlin und seiner Umgebung. **Kursusdauer 1 Jahr.**

**Lehrlinge** werden in der Anstaltsgärtnerei **praktisch** ausgebildet.

**Billige Pension** in der Anstalt. Wenig Bemittelten eventl. Ermäßigung. Ausführlicher Bericht und nähere Auskunft kostenfrei durch **Die Direktion.** (1172)

Bei Bestellungen berufe man sich stets auf diese Zeitung.

**Verkehrs-Lokale für Gärtner.**

(In dieser Rubrik kostet ein zweizeiliges Inserat pro Vierteljahr 2,50 Mk. (vorzusuchen). Dafür erhalten die Inserenten regelmäßig ein Exemplar der Zeitung zum Aushängen in ihrem Lokal.)

**Barmen:** Rest. Zur Reichspost von Robert Kämpfer, Unterbarmon, Alleestr. 42. Lok. d. Orts. Barmen-Elberfeld. Versammlung jeden 2. Samstag im Monat. (1022)  
**Barmen:** Gasthaus zur Stadt Hamburg, Rödigerstrasse 16. (Wirt: Albert Vogel.) Verkehrslokal der Filiale Barmen. Versammlung jeden 3. Samstag im Monat. (1023)  
**Berlin N. W.:** Weissenburgerstr. 67. Verkehrslokal. Herberge Stellenausgabe: 11—12 Uhr ebenda. Berlin W., Vorbergstr. 9, Poschmann, Vereinslokal. Gute Speisen. Versammlung jeden Freitag vor dem 15. (1024)  
**Blankensee:** Rest. Bernh. David, Döckenhuden, Bahnhofstr. Vers. So. n. 1. u. 15. (1025)  
**Braunschweig:** Schöppenstedterstrasse 3, Zum schwarzen Ross“, Verkehrslokal. Vsl. jld. Sbd. (1026)  
**Charlottenburg:** Volkshaus, Rosinenstrasse 2. Vslgn. am 2. u. 4. Donnerstag j. Monats. (1027)  
**Charlottenburg:** Osmabrückerstr. 30, F. Krull, Verkehrs- und Versammlungslokal. (1028)  
**Chemnitz:** J. Materns unt. Hainstr. 7. Versamm. n. Bedarf. Arbeitsnachweis: Witte, Clausstr. 53, I.

**Cöln a. Rh.,** Restaurant Arenz, Weyerstr. 117. Vers. Samstag n. d. 1. u. 15. ; dasselbst Stellenausgabe a. Unterstützng. (1029)  
**Dresden-A.,** Ritzbergerstr. 2 und Marxstr. 18. „Dresdener Volkshaus“, Verkehrslokal u. Herberge. **Bortum,** Ostwall 17, Zum Bienenhaus“, Inh. Menteler, Verkehrslokal, Herb. u. Stelln. Verslg. Samstag nach dem 1. und 15. (1030)  
**Düsseldorf,** Flingerstr. 40—42, Zum gold. Schloß, W. Döllberg, gute Küche und Logis, zivile Preise (1031)  
**Elberfeld,** Volkshaus, Hombücherstr., Verslg. jeden 4. Samstag im Monat. Verkehrslokal der Filiale Elberfeld. (1032)  
**Frankfurt a. M.,** Schlesinger Eck, Gr. Gallusgasse 2, Zentralverkehr der Gärtner Frankfurts, jeden Samstag Versammlung. (1035)  
**Frankfurt a. M.-Nordend,** Restaurant Erl, Eckenheimerlandstr. 164, Versammlung Freitag nach dem 1. und 15. (1036)  
**Grünevald/Pein,** Hubertsbadestr. 8, Verk.-Lokal. Verslg. Sonnabend n. d. 1. j. M. Gut. Mittagstisch.

**S. Kunde & Sohn Dresden**  
 Dresden-A. 38, Kipsdorferstr. 106.  
 — Gegründet 1787. —  
**Spezialfabrik für Gartenwerkzeuge.**  
 Bekannte erste Qualität. Reelle, zuverlässige Bedienung.  
 Über tausend freiwillige Anerkennungen sind uns in der neuesten Zeit zugegangen.  
 — Hauptkatalog steht kostenlos und prompt zu Diensten!

**Für 48 Mark** versende ich eine hochelegante, hocharm. **Famillennähmaschine** (Syst. Singer) zum Fußbetrieb, mit allen Neuerungen ausgestattet, inkl. hochf. poliert. Kasten und sämtlichem Zubehör. (1091/52)  
**Viele Anerkennungen.**  
**5 Jahre Garantie.**  
**K. Hömiger, Erfurt.**  
 Illustriert. Katalog gratis u. franko.

**Bienenkörbe, Stck. 1,80**  
 bei H. F. Flebing, Kallies, Pom. (1161/25)

„Arbeiter-Jugend.“ Die soeben erschienene Nummer 10 hat folgenden Inhalt: Das Arbeitsbuch. Ein verfehltes Zwangsmittel gegen minderjährige Arbeiter. — Reichfinanzreform. Ein politisches Zwiegespräch zwischen einem Jungen und einem Alten. — Schiffsjungen gesucht! Von August Freudenthal (Schluss). — Die Berliner Jugend in der Natur (mit Abbildung). — Das Werden im Weltall. Von Felix Linke (Fortsetzung). — Die Jugendbildung auf sozialdemokratischen Parteitagen. II. Von Wilhelm Schröder. — Eine gewerkschaftliche Lehrlingsorganisation. Von P. Barthel. — Vom Kriegsschauplatz usw. — Beilage: Der blinde Passagier. Von Max Eyth (Schluss). — Sprachmissverständnisse. — Ein Held des Alltags. Von Ernst Almsloh. — Aus dem Nachlass von Wilhelm Busch. ♦ ♦ ♦ ♦ ♦ ♦ ♦ ♦

Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien

**Meyers Klassiker-Ausgaben**

**Unübertroffene Korrektheit — Schöne Ausstattung — Eleganter Leinwandeinband**

Armen, 1 Band, geb. . . . . 2 Mk.	Jean Paul, 4 Bände, geb. 8 Mk.
Brentano, 1 Band, geb. . . 2 -	H. v. Kleist, 5 Bände, geb. 10 -
Bürger, 1 Band, geb. . . 2 -	Körner, 2 Bände, geb. . . . 4 -
Chamisso, 3 Bände, geb. 6 -	Lenau, 2 Bände, geb. . . . 4 -
Eichendorff, 2 Bände, geb. 4 -	Lessing, 5 Bände, geb. . . 12 -
Gellert, 1 Band, geb. . . 2 -	Ludwig, 3 Bände, geb. . . 6 -
Goethe, 15 Bände, geb. . 30 -	Novalliu.Fouqué, 1 Bd., geb. 2 -
Goethe, 30 Bände, geb. . 60 -	Platen, 2 Bände, geb. . . . 4 -
Grillparzer, 5 Bände, geb. 10 -	Reuter, 7 Bände, geb. . . 14 -
Hauff, 4 Bände, geb. . . 8 -	Rückert, 2 Bände, geb. . . 4 -
Hebbel, 4 Bände, geb. . . 8 -	Schiller, 8 Bände, geb. . 16 -
Helm, 7 Bände, geb. . . 16 -	Shakespeare, 10 Bde., geb. 20 -
Herder, 5 Bände, geb. . . 10 -	Tieck, 3 Bände, geb. . . . 6 -
E.T.A.Hoffmann, 3 Bde., geb. 6 -	Uhland, 2 Bände, geb. . . 4 -
Immermann, 5 Bände, geb. 10 -	Wieland, 4 Bände, geb. . . 8 -

Ausführliche Prospekte sind gratis durch jede Buchhandlung zu beziehen.